

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 52, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7305.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 2. Dezember 1911.

15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.** — Unsere Mitgliederbewegung im 3. Quartal 1911. — Was wollen die Sozialdemokraten? — Feuerung und Notstand. III. — Fürsorgliche Sozialpolitik. — Was verdammt das Volk den bürgerlichen Parteien? — Grenzstreitigkeiten. — Tatsächliches bei Lohnbewegungen und Streiks. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wichtige gesetzliche Bestimmungen. III. — Die Entwicklung der böhmischen Serpentinstein-Industrie. I. — Aus der Steinbranche in Berlin. — Dringt auf Einhaltung der Bundesratsverordnung! — Aus der Pfalz. — Literarisches. — Feuilleton: Alte und neue Steinbrücken.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Gesperret sind:** Rembach: Fa. Seubert. — Löwenberg: Firma Ende. — Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers & Schille. — Witten: Firma Lüneburger & Franzen. — Erfurt: Kunststeinfabrik in der Radowitzstraße. — Osterwald-Mehle: Firma Meine & Illemann. — Kamenz: Schotterwerk Weiland. — Bürgstadt: Steinbruch Helmstetter. — Freiburg (Schlesien): Bildhauerei Pleschke. — Neusorg (Oberpfalz): Fichtelgebirgs-Granit-Aktien-Gesellschaft.

**Steinwiesen.** Im Granitwerk Eisenhammer wurden große Abzüge vorgenommen. Auch Entlassungen kamen vor. Wenn Herr Popp in Zukunft Leute brauchen sollte, so ist Vorsicht am Platze.

**Alleben a. S.** Wegen Lohnreduzierung wurde die Arbeit bei der Firma Schiller & Röder eingestellt.

**Birkenfeld bei Pforsheim.** Die Kollegen legten bei der Firma Gebr. Denzinger die Arbeit nieder. Die Ursache war Festsetzung von Akkordpreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellen.

**Demitz-Thumitz.** Die Granitarbeiter lehnten die Tarifvorlage wegen der rigorosen §§ 14 und 15 der allgemeinen Bestimmungen ab. Arbeiterseits wird auch am Schiedsgericht festgehalten. Die Herren Unternehmer nehmen erneut zu der ganzen Tarifangelegenheit, wie man vernimmt, in einer Sitzung am 1. Dezember Stellung.

**Gera.** Bei der Firma Töpelmann haben 16 Kollegen wegen Maßregelung und Tariffdifferenzen die Kündigung eingereicht. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Porta bei Minden.** Die Firma Michelson ließ durch Agenten aus Böhmen und Italien Arbeitswillige heranziehen. Die angeworbenen Leute nahmen aber das Arbeitsverhältnis nicht an, weil ihnen die Löhne zu niedrig waren. Die fremdländischen Steinarbeiter sollten also die hiesigen Kollegen unmöglich machen, was aber — vorbeigelang.

**Schweiz.** Gesperret sind: Basel: Firma Hermann. — St. Margrethen: Sämtliche Betriebe.

## Unsere Mitgliederbewegung im 3. Quartal 1911.

Am Schlusse des 2. Quartals konnten wir 27 033 Mitglieder konstatieren, für das 3. Quartal schließen wir mit 28 076 Mitgliedern ab, die Zunahme beträgt 1043 = 3,9 Prozent. Im Vergleich zum 3. Quartal des Vorjahres beträgt die Zunahme 7036 oder 33,4 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in obiger Summe inbegriffen, im 2. Quartal zählten wir 62, für das 3. Quartal 71. Zunahme 9 weibliche Mitglieder.

Zahlstellen sind im Laufe des Quartals 15 gegründet, 6 sind eingegangen bzw. haben sich mit Nachbarzahlstellen vereinigt. Der Gewinn ist demnach 9 Zahlstellen. Wie die einzelnen Gauen an der Zunahme partizipieren, zeigt folgende Tabelle: Bemerkung sei aber, daß kurz vor Schlusse des 3. Quartals im 3., 4., 6. und 11. Gau noch einige Zahlstellen gegründet wurden. Die Mitgliederzahl dieser Zahlstellen ist ganz beträchtlich, konnte aber bei der Zusammenstellung nicht berücksichtigt werden, weil diese neuen Zahlstellen keine Abrechnung für das 3. Quartal wegen der einen Woche lieferten.

| Gau                             | Zahlstellen             |          | Mitglieder              |          | davon weiblich |          |
|---------------------------------|-------------------------|----------|-------------------------|----------|----------------|----------|
|                                 | Am Schlusse des II. Qu. | III. Qu. | Am Schlusse des II. Qu. | III. Qu. | II. Qu.        | III. Qu. |
| 1. Berlin . . .                 | 9                       | 9        | 1 264                   | 1 316    | 3              | 3        |
| 2. Striegau . .                 | 23                      | 23       | 3 817                   | 3 878    | 26             | 25       |
| 3. Dresden . . .                | 28                      | 29       | 5 009                   | 5 082    | —              | —        |
| 4. Leipzig . . .                | 14                      | 15       | 1 979                   | 2 092    | 18             | 19       |
| 5. Erfurt . . .                 | 12                      | 12       | 555                     | 547      | —              | —        |
| 6. Hannover . .                 | 43                      | 44       | 2 834                   | 3 171    | 3              | 2        |
| 7. Köln . . . .                 | 35                      | 34       | 1 757                   | 1 985    | 4              | 7        |
| 8. Mannheim . .                 | 35                      | 35       | 1 977                   | 2 139    | —              | 1        |
| 9. Karlsruhe . .                | 36                      | 37       | 1 970                   | 1 901    | 5              | 10       |
| 10. Regensburg .                | 41                      | 44       | 3 016                   | 3 086    | 3              | 4        |
| 11. Würzburg . .                | 48                      | 51       | 3 120                   | 3 154    | —              | —        |
| Einzelzahler der Hauptliste . . | —                       | —        | 235                     | 225      | —              | —        |
| Summa                           | 324                     | 333      | 27 033                  | 28 076   | 62             | 71       |

Der Abgang resp. Verlust von Mitgliedern ist im 3. Quartal immer am größten, einmal sind es die italienischen Steinarbeiter, die zum Winter in ihre Heimat reisen, dann wieder sind es die jüngeren Kollegen, die zum Militär einrücken, andererseits suchen in dieser Jahreszeit eine Anzahl Kollegen für den Winter in Fabriken unterzukommen und lassen sich dann meistens in andere Verbände überschreiben, gemäß der Bestimmung unter den Zentralverbänden.

Im einzelnen ist der Abgang von Mitgliedern wie folgt:

|  |     |
|--|-----|
| Zum Militär eingetreten, in andere Verbände übergetreten oder direkt ausgetreten . . . . . | 881 |
| Getorben . . . . .   | 64  |
| Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen . . . . .   | 587 |
| Ausgeschlossen wegen Vergehen gegen das Statut . . . . .                                   | 21  |
| Summa: 1053  |     |

Der Totalverlust im 3. Quartal ist demnach verhältnismäßig hoch.

Wir haben überdies die Meinung, daß im 3. Quartal die Agitation mit dem nötigen Hochdruck nicht betrieben wurde, denn sonst hätte die Zunahme eine bedeutend größere sein müssen. Unsere Gauleiter müssen sich viel zu oft mit recht kleinlichen Tariffstreitigkeiten herumschlagen und zur intensiven Agitation bleibt dann nicht die nötige Zeit. In vielen Zahlstellen könnte der Kreis der Organisierten noch bedeutend erweitert werden, aber die Verwaltungen scheinen gar nicht zu wissen, daß für sie auch das Betreiben der Agitation maßgebend sein sollte. Die günstig beendeten Lohnbewegungen im 1. und 2. Quartal werden nach unserer Meinung in den Versammlungen viel zu wenig agitatorisch ausgenützt. In der Sandsteinindustrie wird es um diese Zeit schon schwer sein, Mitglieder zu gewinnen, weil der Konjunkturstand ein ziemlich ungünstiger ist. Aber in den Hartsteinwerken wird auch gegenwärtig noch flott gearbeitet, so daß es sich schon noch lohnen wird, wenn an die Gewinnung von neuen Mitgliedern herangegangen wird. Wir haben noch so viel „Neuland“ zu beackern, daß unsere Reihen noch ganz bedeutend verstärkt werden können. Zu Beginn des 4. Quartals haben wir allerdings noch etwa 500 Mitglieder gewonnen, aber diese Plusziffern kommen bloß einigen Zahlstellen zugute, so daß wir schon fragen dürfen, warum ist eine solche Mitgliederzunahme nicht in dem Gros der gesamten Zahlstellen möglich.

Die Reichstagswahlbewegung müssen wir sehr wohl ausnützen, um auch in solche Steinbruchgebiete hineinzukommen, die uns unter normalen Verhältnissen verschlossen sind. Es muß uns möglich sein, wenn wir alle unsere Pflicht tun, am Jahreschlusse 30 000 Mitglieder aufzuweisen zu können.

## Was wollen die Sozialdemokraten?

Eine jede politische Partei wirbt Wähler und wirbt Anhänger. Um diese zu gewinnen, muß die Partei selbstverständlich bekannt geben, was sie erstrebt; deshalb tritt jede Partei mit einem Programm vor die Öffentlichkeit, worin sie ihre Ziele und Absichten mittelst. Im Laufe der Jahre ändern sich nicht selten die Bestrebungen einer Partei, es treten neue politische Anforderungen an sie heran, und so muß sie denn auch von Zeit zu Zeit ihr Programm ändern. Um nun die alten und neuen Programme derselben Partei voneinander zu unterscheiden, muß man sie mit besonderen Namen bezeichnen. Das jetzt geltende Programm der deutschen Sozialdemokratie wird das Erfurter Programm genannt, weil es auf dem Parteitage zu Erfurt im Jahre 1891 in seiner jetzigen Form beschlossen worden ist.

Wer jemals das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie in Händen gehabt hat — in allen Mitgliedsbüchern der sozialdemokratischen Partei findet man es gedruckt —, der weiß, daß es aus zwei verschiedenen Teilen besteht. Es unterscheidet sich hierdurch schon äußerlich von den Programmen der andern politischen Parteien. Der Unkundige wird darauf kein Gewicht legen. Das ist doch wohl nebensächlich, ob eine Partei das, was sie will, der Welt in einem oder zwei Teilen verkündet — so sollte man meinen. In Wahrheit jedoch befundet diese Neufertigkeit einen wesentlichen inneren Unterschied. Jede Partei will etwas erreichen und muß dazu bestimmte Mittel ergreifen, bestimmte Wege einschlagen. Soll die Öffentlichkeit von einer Partei unverhüllt erfahren, wie es mit ihr steht, so müßte ihr folglich die Partei erstens das Ziel mitteilen, dem sie zustrebt, und zweitens die Mittel und Wege, womit sie es zu erreichen gedenkt. Nimmt man jedoch das Programm irgendeiner bürgerlichen Partei zur Hand, so findet man darin nur einzelne Forderungen; wie das Militärwesen eingerichtet sein soll, wie die Partei es mit der Schule, mit den Steuern halten will, was für ein Wahlrecht sie wünscht usw., kurzum, wie die Partei sich verhalten will gegenüber den einzelnen Fragen der Tagespolitik. Aber wo sie überhaupt hinaus will, welchem Ziele sie mit all diesen einzelnen Maßnahmen zustrebt, davon steht nichts darin. Die bürgerlichen Parteien geben ihr Endziel nicht bekannt. Sie sagen, sie hätten das nicht nötig, denn ihr Endziel sei selbstverständlich und jedermann wisse das: sie erstreben einfach das „allgemeine Wohl“, sie brächten

nur solche Maßnahmen in Vorschlag, die im „allgemeinen Interesse“ erforderlich seien. In Wahrheit jedoch gibt es gar kein „allgemeines Wohl“. Denn jedes Volk besteht aus einer Anzahl verschiedener Gruppen und Personen, deren Interessen fast immer einander widerstreiten. Eine jede politische Maßnahme, die das Interesse einer Gruppe fördert, wird deshalb das Interesse einer andern Gruppe schädigen. Man denke nur an Steuern und Zölle. Wo ist die Steuer, wo ist der Zoll, der nicht dem einen Vorteil, dem andern Schaden brächte? Und genau so ist es mit allen andern politischen Maßnahmen. Unter diesen Umständen vom „allgemeinen Wohl“ zu reden, ist Täuschung.

Ganz anders liegen die Dinge in Wirklichkeit. Keine Partei erstrebt das „allgemeine Wohl“, sondern jede ist die Vertreterin irgendeiner der vielen Gruppen, aus denen sich das Volk zusammensetzt, und jede hat als Aufgabe und Ziel: die Interessen dieser einen Gruppe durchzusetzen, sie durchzukämpfen gegen die Interessen der andern Gruppen. Das gilt für alle Parteien. Aber die bürgerlichen Parteien wollen es nicht zugeben. Ihnen liegt daran, die Menge in dem Glauben zu erhalten, daß sie für das „allgemeine Wohl“ kämpfen. Deshalb verschweigen sie ihr Endziel und deshalb brauchen sie in ihren Programmen nur einen Teil.

Die Sozialdemokratie allein sagt offen und ehrlich, daß sie nur die Interessen einer Gruppe des Volkes vertritt, nämlich die Interessen der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie allein gibt ihr Endziel klar und deutlich bekannt, und deshalb muß ihr Programm aus zwei Teilen bestehen; im ersten Teil wird das Endziel angegeben und begründet; der zweite Teil gibt die Mittel und Wege an, mit denen die Sozialdemokratie ihr Endziel zu erreichen gedenkt. Man sieht also, es ist nicht von ungefähr, daß die bürgerlichen Parteien nur einen Teil in ihren Programmen haben, die Sozialdemokratie aber zwei.

Das Endziel der Sozialdemokratie ist demnach, die Interessen der Arbeiterklasse durchzukämpfen gegen die Interessen der andern Gruppen des Volkes. Oder mit andern Worten: die Sozialdemokratie erstrebt die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Not und dem Elend, worunter sie jetzt leidet.

Diese Not und dieses Elend sind verursacht durch die wirtschaftlichen Zustände, in denen wir leben, das heißt durch die kapitalistische Wirtschaft. Unter „Kapital“ versteht man bekanntlich ein Vermögen. Aber nicht jedes Vermögen ist Kapital, sondern nur ein solches, das Gewinn abwirft. So ist eine Wirtschaft kapitalistisch, wenn sie aufs Gewinnmachen, aufs Profitmachen abzielt. Weshalb arbeiten die Menschen? Weshalb werden zum Beispiel Kohlen produziert? Der Unbefangene wird meinen: weil man doch etwas zum Heizen haben muß. Also um die Bedürfnisse der Menschen zu decken. Aber in einem besonders kalten Winter (1909), wo man mal mehr Kohlen gebraucht hätte als sonst, wurden in Deutschland mehrere Millionen Tonnen weniger gefördert. Warum? Weil infolge der Krise die frierenden Arbeitermassen keine Kohlen bezahlen konnten, weil also kein Profit damit zu machen war. Nicht das Bedürfnis ist Zweck und Ziel der Produktion, sondern der Profit. Das ist es, was wir kapitalistische Wirtschaft nennen.

Wie kann denn aber der Profit entstehen? Wie ist es möglich, daß der Grubenbesitzer aus dem Verkauf der Steinkohlen mehr Geld herauszieht, als er in ihre Produktion hineingesteckt hat? Auf folgende Weise: Alles, was die Menschen zum Lebensunterhalt brauchen, muß durch Arbeit geschaffen werden. Wenn nicht gearbeitet wird, kann kein Mensch leben. Aller Reichtum, aller Wert, den Menschen genießen, ist das Erzeugnis von Arbeit. Nachdem die Arbeit geleistet ist, bekommen die Arbeiter als Lohn einen Teil des geschaffenen Wertes; den andern Teil behält die Kapitalistenklasse, und das ist ihr Profit. Es wird also der Profit aus den Arbeitern gezogen. Natürlich nicht nur aus den sogenannten Handarbeitern, sondern aus allen, die nötige und nützliche Arbeit verrichten.

Wie geht denn das aber zu, daß die Arbeiter auf solche Weise Profit aus sich herausziehen lassen? Damit hat es folgende Bewandnis. Wenn jemand arbeiten will, so braucht er dazu eine Menge Dinge, wie zum Beispiel Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, ein Haus oder wenigstens einen Platz, wo er die Arbeit verrichten kann usw. Alle diese Produktionsmittel hat der Arbeiter nicht, er ist besitzlos. Die Produktionsmittel gehören den Kapitalisten, die können damit schalten und walten, wie sie wollen. Will der Arbeiter nicht verhungern, so muß er zu einem Kapitalisten gehen und sich an dessen Produktionsmitteln beschäftigen lassen. Das tut der Kapitalist aber nur, wenn der Arbeiter mit einem Lohn sich begnügt, der dem Kapitalisten einen Profit übrig läßt. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist die Ursache, weshalb die Kapitalistenklasse Profit machen kann.

Fassen wir jetzt die Gedankenteile zusammen, die wir bis hierher gewonnen haben: Ziel der Sozialdemokratie ist die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend;

Das Elend der Arbeiter entspringt aus der kapitalistischen Wirtschaft; kapitalistisch ist eine Wirtschaft, die aus den Arbeitern Profit herauszieht zugunsten der Kapitalisten; die Arbeiter sind nur deshalb gezwungen, Profit aus sich herausziehen zu lassen, weil die Produktionsmittel sich im Privatbesitz der Kapitalisten befinden. Daraus folgt als notwendiger Schluss: Not und Elend der Arbeiter werden schwinden, wenn die Produktionsmittel aufhören, Privateigentum der Kapitalisten zu sein. Und das fordert die Sozialdemokratie. Ohne die geringste Zweideutigkeit fordert sie im ersten Teil des Programms: „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum“. Wie die Produktionsmittel nie von einem allein gehandhabt werden können, sondern nur zu gemeinsamer Arbeit sich eignen, so sollen sie auch gemeinsames Eigentum sein, das allen zur Benutzung freisteht.

Wenn dann aber kein Profit mehr gemacht werden kann, dann ist es auch mit der kapitalistischen Wirtschaft vorbei. Dann wird nicht mehr zum Verkauf produziert, sondern zum Verbrauch; dann ist maßgebend für die Produktion nicht mehr die Herstellung von Waren, die Profit bringen sollen, sondern von Bedarfsgegenständen, die nützlich sein und ein Bedürfnis befriedigen sollen. Dies drückt das Erfurter Programm mit den Worten aus, daß die Sozialdemokratie „die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion“ erstrebt.

Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion, das wollen die Sozialdemokraten.

## Teuerung und Noistand.

III.

### Auffällige Uebereinstimmung.

Die an der Teuerung interessierten Kreise, denen aus dem Noistand noch besondere Vorteile und Gewinne erwachsen, sie ergeben sich in den dreifachen Behauptungen, daß der Wohlstand der Arbeiter sich ständig gehoben habe und sich in aufsteigender Linie bewege. Wichtig ist, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung sich durch die unermüßliche Arbeit der Gewerkschaften und der Vertreter des Volkes in den Parlamenten so gestaltet hat, daß eine völlige Verelendung verhindert wurde. Wichtig ist, daß die Gewerkschaften sich immer wieder genötigt sehen, der durch die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angeführten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Doch das hindert die Volksfeinde nicht, in ihren Behauptungen von dem steigenden Wohlstand der Arbeiterklasse fortzufahren. Eine auffällige Uebereinstimmung herrscht in dieser Frage zwischen den Großindustriellen, Großgrundbesitzern und der Regierung. Die Großindustriellen sehen in der Behauptung von dem steigenden Wohlstand der Arbeiterklasse einen Vorwand, die berechtigten Arbeiterforderungen als unerfüllbar abzulehnen. Die Großgrundbesitzer sehen darin einen Vorwand, ihre volkshemmliche Interessenpolitik auf Kosten der Volksernährung weiter zu betreiben. Die Regierung erfüllt schließlich die Sonderwünsche der industriellen Volksausbeuter und der agrarischen Lebensmittelmacher, wenn sie diese Behauptung wiederholt oder wiederholen läßt.

Alle Kreise des arbeitenden Volkes aber sind sich darin einig, daß es für das arbeitende Volk keinen steigenden Wohlstand, wohl aber einen steigenden Noistand gibt, der immer wieder schwere wirtschaftliche Kämpfe notwendig macht. Das leugnen die industriellen und agrarischen Scharfmacher und Volksfeinde rundweg ab. Sie behaupten wieder übereinstimmend, daß die wirtschaftlichen Kämpfe auf die Verheerung der Arbeitermassen durch „gewissenlose Agitatoren“ zurückzuführen seien. Nun, wenn dem so ist, dann müßte ja auch der steigende Noistand durch Agitatoren künstlich hervorgerufen worden sein, damit die „Verheerung des Volkes“ auch mit Erfolg betrieben werden kann. Und in der Tat, die agrarischen Volksfeinde scheuen sich nicht, die Schuld oder doch die Mitschuld an der Teuerung der Preise und den „Agitatoren“ zuzuschreiben. Auch da besteht eine ganz auffällige Uebereinstimmung mit der Regierung.

Es ist die agrarische Interessenpolitik und die Preistreibelei der Unternehmerrakete, die den steigenden Noistand verschuldet haben. Das böse Gewissen zeigt sich aber, wenn diese Kreise dazu übergehen, von den Städten Maßnahmen gegen den wachsenden Noistand zu verlangen. Auch das ist eine auffällige Uebereinstimmung mit der Regierung zu bemerken. So schreiben die Berliner Politischen Nachrichten in einem, von der Kreuzzeitung nachgedruckten, Artikel unter anderem:

„Die Staatsregierung hat das ihrige getan; es ist Sache der Gemeindeverwaltungen, nunmehr ihrerseits mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die künstlichen Preistreiber zu wirken. Das ist durch Einrichtung von Verkaufsstellen für Erzeugnisse der Seefischerei und ähnliche Maßnahmen in einigen Kommunen und in gewissem Umfang bereits geschehen. Aber an dem wichtigsten fehlt es bisher noch: an der Sicherstellung einer genügend billigen Fleisch- und Kartoffelversorgung für die großstädtische Bevölkerung. Nehmen die Gemeindeverwaltungen die Beschaffung dieser Nahrungsmittel selbst in die Hand, so wird der Verbraucher der großen Städte für seinen notwendigen Lebensunterhalt in diesem angeblühen (!) Noistand kaum mehr auszugeben haben, als in irgendeinem früheren guten Erntejahr. Mit einem Schlage würde dann, sofern das nötige sofort geschieht, den Elementen im Zwischen- und Kleinhandel, die bei ihren gänzlich unberechtigten Preistreiberreien nur ihr eigenes Interesse im Auge haben, das Handwerk gelegt, mit einem Schlage würde auch der agitatorischen Bearbeitung der Massen, die sich die herrschende Lebensmittelteuerung zunutze macht, ein Ende bereitet sein.“

Ganz abgesehen von der Uebereinstimmung zwischen den agrarischen Scharfmachern und der Regierung über die Beschuldigung des Zwischenhandels, so ist besonders auffällig die Uebereinstimmung über die Aufgaben der Städte. Diese Uebereinstimmung erhellt aus wiederholten Rundgebungen der Regierung und auch aus der Rede des Reichskanzlers zur Teuerungsinterpellation im Reichstag vom 23. Oktober d. J. Der Reichskanzler, der jedes Entgegenkommen der Regierung zugunsten der agrarischen Interessenpolitik ablehnte, sagte unter anderem:

„Neben den großen Privatunternehmungen halte ich eigentlich die Kommunen für die einzigen, die in der Lage sind, einem übermäßigen Anwachsen der Detailpreise (als ob das die Ursache der Teuerung wäre!) Einhalt zu tun, weil sie geeignet sind, die Einrichtungen den örtlichen Verhältnissen anzupassen.“ Der von den Agrariern und der Regierung beiführende Kommunalsozialismus ist nur zu sehr verständlich. Die agrarische Interessenpolitik dominiert, und wehe den Regierungsvertretern, die nicht zum mindesten diese Interessenpolitik, genannt Schutz der Landwirtschaft, Schutz der nationalen Arbeit, anerkennen und aufrechterhalten. Die Not des Volkes sehen sie nicht, für sie gibt es vor allem die eigenen Interessen. Wichtig ist zweifellos die Wirksamkeit der Kommunen, um der Teuerung zu begegnen. Das soll aber nicht nur deshalb geschehen, um, wie das Organ des Bundes der Landwirte sagt, die Lage der Landwirte nicht zu erschweren.

Die jetzt in den Zeiten der Teuerung hervorgetretene Vorliebe der Agrarier und der Regierung für den Kommunalsozialismus wird durch eine Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtetages in das rechte Licht gerückt. Der Vorstand ist keineswegs von der Wirksamkeit der vorgeschlagenen städtischen Maßnahmen überzeugt. Die Eingabe fordert besonders Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot durch die Regierung:

„Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus unsern Nachbarländern, des weiteren Ermöglichung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch, insbesondere aus Argentinien, und endlich Einfuhr von Fleisch aus unsern Kolonien. Also, nicht durch kommunale Maßnahmen, sondern durch Beseitigung der agrarischen Interessenpolitik kann der Lebensmittelteuerung wirksam begegnet werden. Es ist auch bezeichnend, daß die Eingabe darauf verweisen muß, daß alle ähnlichen bisherigen Eingaben des Vorstandes des Städtetages ohne Erfolg geblieben seien. Warum wohl? Die jetzige Eingabe fordert auch die Aufhebung der Futtermittelzölle. Wird der Erfolg wieder ausbleiben?“

Die Maßnahmen der Städte werden zudem noch durch den maßgebenden Einfluß der Handels- und Hausbesitzerkreise erschwert. Ueberall stellen sich die Interessen der bessergestellten Volkskreise gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Um so erschwerender ist es, wenn einzelne Gemeinden der Not des Volkes durch wirksame Mittel, durch Lohn- und Kostenzulagen für städtische Beamte und Arbeiter sowie durch Ausschaltung des Lebensmittelwunders begegnen. So hat der Stadtrat in Pöbhu (Sachsen) beschlossen, bei der Bäder- und der Fleischreinigung wegen Herabsetzung der Preise vorstellig zu werden. Bleibt der Erfolg aus, dann sollen im städtischen Schlachthof Schlachtungen in städtischer Regie erfolgen und Lebensmittel zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. In vielen andern Städten sind auf Antrag der Vertreter des arbeitenden Volkes ähnliche Maßnahmen beschloffen worden.

Doch erst dann, wenn die auffällige Uebereinstimmung zwischen Agrariern und Regierung, erst dann, wenn die agrarische und großindustrielle Interessenpolitik beseitigt sein wird, befreit durch die unermüßliche Tätigkeit der modernen Arbeiterbewegung, erst dann werden die berechtigten Interessen des Volkes gedeihen.

## Fürsorgliche Sozialpolitik.

Der Vorstand der Invalidenversicherungsanstalt des Großherzogtums Hessen läßt eine eigenartige Praxis. Die Versicherungsanstalt ist bemittelt, Steinmehren, welche Anfänge einer Lungenkrankheit zeigen, ohne weiteres aus der Lungenheilstätte auszuschließen. Vor einigen Monaten konnten wir schon berichten, daß ein Kollege aus dem Bezirk S e p p e n h e i m an der

## Was verdankt das Volk den bürgerlichen Parteien?

- Die Steigerung der Heeres- und Flottenlasten.
  - Das Anwachsen der Reichsschulden.
  - Das Wachstum der Kriegsgefahr.
  - Die Getreidezölle und den Wuchertarif mit ihren Folgen, die Hungersnot.
  - Die Verteuerung des Bieres.
  - Die Verteuerung des Branntweins und des Tabaks.
  - Den Fortbestand der Schnapsliebessgaben.
  - Die Zigarettensteuer.
  - Die Sozialrentener und viele ähnliche „Wohltaten“.
- In sozialpolitischen Fragen hat der schwarz-blaue Block völlig versagt. Die Reichsversicherungsordnung öffnet der Bürokratie Tür und Tor.
- Für die Durchführung der Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter ist nicht ein einziger bürgerlicher Abgeordneter eingetreten. Nur die Sozialdemokratie hat die Wünsche der Steinarbeiter wirkungsvoll vertreten.

Kollegen! Wählt deshalb bei der Reichstagswahl nur die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Vergstraße in die Lungenheilanstalt deshalb nicht aufgenommen wurde, weil er zuvor seinen Beruf nicht wechselte. Es ist eben nicht so leicht, daß ohne weiteres ein Steinmehrer zu einem andern Berufe übergeht, zumal auf dem Land nicht, weil es doch häufig an Arbeitsgelegenheit mangelt. Wie nun die heftige Landesversicherungsanstalt den Steinmehren mitspielt, mag nachstehendes beweisen. — In Mainz erkrankte am 28. Oktober der Kollege Konrad Köhler an Lungenkatarrh. Der Krankenkassenarzt empfahl ihm eine Kur in der Lungenheilanstalt Sandbach i. O. Köhler war es recht und es machte der betr. Arzt einen Bericht an die Landesversicherungsanstalt. Der Arzt der Versicherungsanstalt erklärte ihm, daß der Vorstand beschloffen habe, von jetzt ab keinen Steinmehrer in eine Heilanstalt mehr aufzunehmen, höchstens wenn er den Beruf wechseln würde und mindestens 1 1/2 Jahre eine andre Beschäftigung gehabt habe, dann könnte eine Aufnahme stattfinden. Auf die Frage des Köhler, warum die Aufnahme verweigert wird, erklärte der Doktor, nach den Erfahrungen mit den Odenwälder Steinmehren, speziell der Heubacher, wird die Aufnahme verweigert, indem dieselben ständig die Anstalt belasten und die erzielten Resultate keine günstigen seien. Nach weiteren Einwendungen Köhlers wurde er an Geheimrat Dies verwiesen. Dieser erklärte dasselbe, höchstens wenn er aussichtsreichere Person (Meister) sei. Köhler erklärte, daß er in Mainz bis vor seiner Erkrankung in einem Baugeschäft als Polier schon 12 Jahre tätig war. Darauf erhielt er nach weiterer Auseinandersetzung den Bescheid, dies schriftlich zu bringen. Nachdem dies geschehen, wurde Köhler mitgeteilt, daß sein Gesuch abgelehnt sei und jedes weitere Gesuch zwecklos ist. Wir geben ohne weiteres zu, daß bei den Steinmehren in den Lungenheilanstalten nicht immer günstige Heilungsergebnisse erzielt werden. Aber da sind wir nun der Meinung, daß eben unsere Kollegen schon in einem früheren Stadium der Erkrankung Heilanstalten überwiesen werden sollten. Es wird gut sein, wenn das Verhalten der Landesversicherungsanstalt mit Nachdruck im heftigen Landtag zur Sprache gebracht wird.

## Grenzstreitigkeiten.

Eine der bedauerlichsten und auch schädlichsten Erscheinungen in der modernen Gewerkschaftsbewegung ist das Gebiet der Grenzstreitigkeiten. Obwohl auf Gewerkschaftskongressen und Vorstandskonferenzen Resolutionen und Beschlüsse akzeptiert wurden, kommen immer wieder Fälle vor, die es nötig machen, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen. Man müßte glauben, daß gerade die Steinindustrie resp. der Steinarbeiterverband Verührungspunkte mit andern Organisationen, die zu Grenzstreitigkeiten Anlaß geben, nicht haben könnte. Trotzdem sind in letzter Zeit Vorkommnisse zwischen Mitgliedern des Steinarbeiter- und Fabrikarbeiterverbands vorgekommen, die zu Bedenken Anlaß geben. Die Lohnbewegung in Deusch brachte schon eine Ueberrassigung, die den Unternehmern den Rücken keifen mußte. In der Zahlstelle Alzeben ist jetzt wieder ein Konflikt im Gange zwischen den in letzter Zeit dem Fabrikarbeiterverband angegeschlossenen Steinarbeitern und den Mit-

gliedern des Steinarbeiterverbands. Der Konflikt ist angetan, die Insubordinaten vom Verband abzuhalten und den Mitgliedern die Agitationsarbeit zu vereiteln. Auf dem Gewerkschaftskongress zu Köln wurde eine Vorstandskonferenz beauftragt, dem nächsten Kongress Vorschläge zu machen, um die Grenzstreitigkeiten zu regeln. Der 6. Gewerkschaftskongress beschäftigte sich eingehend mit dieser Materie und Genosse Simon hat als Berichterstatter die Schäden dieser Streitigkeiten scharf hervorgehoben. Betreffs der Ueberrassigung sind feste Normen geschaffen worden und in den Kreisen der Gewerkschaftsbeamten herrschte die Ueberzeugung, daß die Differenzen nun ein Ende nehmen würden. Dies wäre auch möglich, wenn jede Organisation strikte nach den Vereinbarungen handeln würde. Eine eigentümliche Ansicht hat Genosse Speckhardt, Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbands in Bernburg, wenn er betreffs des Ueberrassigung sagt: „Wenn jemand lange Mitglied eines Verbands ist, so tritt er ungern in einen andern über, da er sich erst wieder in diese Verbandseinrichtungen hineinfinden müßte.“ Dies ist aber eine leere Ausrede.

Obwohl es in der Gewerkschaftsbewegung nicht Unus ist, die Unterstützungseinrichtungen dazu zu benutzen, einer andern zentralen Organisation ihr Entwicklungsgebiet streitig zu machen, wurde in einer Besprechung des Fabrikarbeiterverbands in Orna der Vergleich gezogen, in welcher Weise die Unterstützungseinrichtungen des Fabrikarbeiterverbands günstiger seien als im Steinarbeiterverband. Auch wird in Besprechungen betont, daß die Anleitung des Steinarbeiterverbands an dem Streit schuld sei. Dies klingt um so eigentümlicher, indem selbst die Mitglieder des Steinarbeiterverbands sagen, die Gau- sowie die Zentralleitung hätten mit mehr Entschiedenheit dafür eintreten sollen, daß dem Fabrikarbeiterverband keine Steinarbeiter beitreten dürfen.

In Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen wurde stets darauf verwiesen, daß für die in der Steinindustrie Beschäftigten der Steinarbeiterverband die zuständige Organisation sei. Wir verbitten uns, daß innerhalb der Steinindustrie von andern Zentralverbänden Agitation getrieben wird. Durch derartige Konflikte würde das Unternehmertum noch mehr Kraft fühlen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Dem Steinarbeiterverband kommt es nicht auf die paar Mitglieder an. Es liegt nur im Interesse der Arbeiterschaft, wenn einheitlich vorgegangen wird. Speziell bei Lohn- und Tarifbewegungen ist es schon oft als Hemmschuh empfunden worden, wenn mehrere Organisationen in Frage kommen. Obendrein sind die Verhältnisse in der Steinindustrie so kompliziert, daß es für Nichtsteinarbeiter, und mag es der beste Gewerkschaftsfunktionär sein, unmöglich ist, sich zurecht zu finden. Bei Tarif- und Lohnbewegungen ist es aber unbedingt nötig, daß die Funktionäre selbst praktisch in der Steinindustrie gearbeitet haben. Diese Umstände sollten jeden Steinarbeiter veranlassen, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen resp. beizutreten. Man darf nicht denken: der Steinarbeiterverband wird die Sache schon regeln, wenn ich auch Mitglied einer andern Organisation bin, und gegebenenfalls habe ich auch Erwerbslosenunterstützung, warum soll ich diese durch den Uebertritt verschmerzen. Daß dieser Egoismus unangebracht ist, sollte jeder Arbeiter bald begreifen. Keineswegs dürfen die Arbeiter bei dem Anschluß an die Organisation nur die Unterstützungseinrichtungen im Auge behalten. Die modernen Gewerkschaften sind Kampforganisationen und müssen es bleiben. Die Unterstützungseinrichtungen kann man nur als Ersatz unsrer ungenügenden sozialen Einrichtungen betrachten, die beweisen, den Mitgliedern im Notfalle eine kleine Beihilfe zu sein.

Es ist Zeit, daß sich der Zentralvorstand mit dem Punkt Grenzstreitigkeit beschäftigt und sich mit der Leitung des Fabrikarbeiterverbands in Verbindung setzt, um diese so unliebsamen Differenzen zu beseitigen. In kürzerer oder längerer Zeit wird es auch in der Runkelsteinbranche zu Differenzen kommen können, es ist allenfalls besser, wenn sich die Vorstände vorher verständigen. Aber auch die Arbeiterschaft muß begreifen, daß sie in eine einheitliche Organisation gehört und sich nicht erst immer aufzusuchen, wenn es die höchste Zeit ist, einen Tarif unter Dach und Fach zu bringen. Dazu bedarf es einer eingehenden Vorarbeit und eines sicheren einheitlichen Handelns. G. St.

## Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks.

Es ist ganz fraglos, daß, um eine nun als richtig erkannte Taktik durchzuführen, die Allgemeinheit der Kollegen es nicht verlangen kann, über jede Phase des Kampfes den eingehendsten Bericht zu erhalten. Es gehört Selbstverleugung der Führer dazu, denn oft kommt es vor, daß die führenden Elemente infolge irgendwelcher Umstände Kenntnis von Vorgängen und sich entwickelnden Verhältnissen erlangen, die der Gesamtkollegenchaft fremd bleiben, ja zum Teil bis zu gewissen Zeitpunkten fremd bleiben müssen, die aber Maßnahmen der Führer zeitigen können, die, der Gesamtheit vorgetragen, auf Grund der Unkenntnis unter Umständen verworfen werden. Hierbei kann eine ganze, vielleicht zum Ziele führende Taktik ungewollt oder gewollt über den Haufen geworfen werden und zu den allerernsten Verwicklungen führen. Daß dies Moment des aus Unkenntnis der Dinge hervorgehenden Eingriffs der Allgemeinheit ausgeschaltet werden muß, wird jeder einsichtsvolle Mensch begreifen. Allerdings ist hierbei Voraussetzung, daß die Gewissenhaftigkeit der oder des führenden die allergrößte ist, und daß die Einsicht, sich doch verhüten zu haben, sofort eine Veränderung der Taktik herbeiführen muß, unbeflummert um die eventuell eintretende Kritik der Kollegen. Es ist doch ganz klar, daß die beste Taktik durch eintretende und nicht voraussehende Ereignisse durchkreuzt werden kann und das rechtzeitig Erkennen und Eingehen auf alle sich ergebende Momente, das ist die richtige Taktik, von der vorher zu schreiben oder die vorher zu bestimmen, nach meiner Ansicht nicht die Rede sein kann. Um aber taktisch richtig handeln zu können, muß ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Kollegen und Führerschaft vorhanden sein. Daran wird es auch in den allerwichtigsten Fällen fehlen, denn die Kollegen wählen sich ja ihre Führer selbst, und doch auch nur Personen, zu denen sie Vertrauen haben und die sie für die besten mit halten. Andernfalls wird es so leicht keinen Kollegen geben, der eine Führerrolle übernimmt, ohne in sich die Befähigung dazu zu spüren. Zeigt sich aber in der Zukunft, daß doch der eine oder andre Teil irrtümlich gehandelt hat, muß sofort Remede eintreten und die notwendige Veränderung herbeigeführt werden. Also die Taktik bei Streiks liegt in dem richtigen Erkennen der gegenwärtigen Verhältnisse.

Um so mehr läßt sich nun aber über Taktisches bei Lohnbewegungen sagen und schreiben. Eine Lohnbewegung läßt sich wohl ohne weiteres als Querschnitt zu einem Streik bezeichnen, und daß hier schon die Noten richtig und gut gesetzt sind, so daß diese Muff nicht falsch klingt, und daß hier schon der Dirigent alles herausholt und hineinlegt, was die Noten sagen wollen, das ist Taktik, über die sich auch reden und schreiben läßt. Hier muß in dem Anfangsstadium gegenüber den Kollegen die größte Offenheit zutage treten und die größte Klarheit über das Gegenwärtige sowohl als über das Zukünftige, soweit letzteres sich überblicken läßt, muß die Ortsverwaltung den Kollegen zuteil werden lassen. Niemals darf ein führender Kollege, um nicht bei den Kollegen anzukommen, sich so weit treiben lassen, daß er Schritte zur Einleitung von Lohnbewegungen übernimmt, die so weit gehen, daß es ein Zurück nicht mehr gibt, wenn sich bei ihm die Ueberzeugung festgesetzt hat, daß der Zeitpunkt zu einer Lohnbewegung nicht gegeben ist. Hier muß meines Erachtens die Charakterfestigkeit so weit gehen, daß lieber demissioniert wird, als von der erkannten Bahn abgedrängt zu werden. Also die Taktik liegt hier

darin, daß volles Einverständnis über das Erkennen der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen sowohl als auch in örtlicher Hinsicht mit den Kollegen erzielt wird. Dazu gehört keine diplomatische Kunst, sondern das Anpassen der nötigen Kenntnisse über die wirtschaftlichen Verhältnisse, und deren ungehinderte Darlegung gegenüber den Kollegen kann dies Einverständnis herbeiführen.

Daß die verschiedenen im Steinarbeiterverbande organisierten Gruppen, als Sandstein-, Marmor-, Granitarbeiter usw., natürlich nur mit den Verhältnissen ihrer Gruppe zu rechnen haben, ist klar. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht zum Schlagwort werden darf, denn die örtlichen Verhältnisse werden doch wohl meist und mit Recht als die ausschlaggebenden zu beachten sein. Darüber, daß die im Statut festgesetzten Bestimmungen einzuhalten sind, ist gar nicht weiter zu sprechen, da dies als selbstverständlich vorausgesetzt werden muß. Verstöße dagegen unterliegen ohne weiteres dem Richterprache der Zentrale, und können Vorstrafen aus den Statuten als Taktisches in keiner Weise bezeugt werden. Taktik auch bei Lohnbewegungen ist eben nicht die Befolgung oder Nichtbefolgung der Statuten, sondern das nicht Vorgeschriebene, das nicht statutarisch festgelegte, die sich aus dem Erkennen der Lage ergebenden Maßnahmen, das ist die Taktik. Nichtbefolgung der Statuten kann zwar auch taktisch sein, bei einem Beschlage wird dies jedoch mit vollem Rechte als Fehler angerechnet werden, und ist daher die Nichtbefolgung der Statuten immer taktisch unrichtig.

Wenn die Voraussetzungen für eine Lohnbewegung gegeben sind, halte ich es hingegen für total verfehlt, wenn die örtliche Verwaltung bremsen wollte, und zwar nur deshalb, weil vor sechs, vier oder zwei Jahren vielleicht schon Lohnbewegungen stattgefunden haben. Jede örtliche Verwaltung hat die Pflicht, zu allererst das Wohlergehen der eigenen Zahlstelle zu fördern, wobei Voraussetzung ist, daß die Allgemeinheit der Kollegen im Lande nicht geschädigt wird. Daß die Sorge für eine gut gefüllte Ortskassette zur Taktik gehört, ist für mich ebenso feststehend wie die Verkehrtheit des Satzes, der nicht allzu vielen Wert auf die gute Disziplin der Kollegen legt. Eine gut disziplinierte Kollegschaft muß als Hauptfaktor in Berechnung gestellt werden; denn erprobte Kämpfer stiften den Arbeitgeber Respekt ein und machen sie zu Verhandlungen geneigt, selbst wenn die Konjunktur nicht ganz auf der Höhe ist. Hierbei ist einzuschalten, daß nur Forderungen vertreten werden dürfen, die zu begründen man auch imstande ist. Dagegen wird ein starres Verhalten der Arbeitgeber trotz günstiger Konjunktur nicht gut disziplinierte Truppen leicht außer Fassung bringen, und was dies bedeutet, weiß wohl jeder, der schon einmal Kämpfe geführt hat. Die Taktik verlangt weiter ein Eingehen in den Großstädten auf die Verträge und Tarife der Organisations der andern Gewerke, sowie ein Prüfen der Lage der Arbeitgeberverbände und in Verbindungen mit denjenigen Arbeiterorganisationen, die durch einen eventuell eintretenden Streik in Mitleidenschaft gezogen werden können. Nun gibt es außer der Zahlstellentaktik noch eine Taktik der Zentrale, über die sich ja auch vieles schreiben ließe. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Fäden der allgemeinen wirtschaftlichen Lage naturgemäß in einer Zentrale zusammenlaufen, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß sich mitunter falsche Fäden einschleichen, die als solche nicht erkannt werden und die ein vollständig treffendes Urteil über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit eines eventuell zu führenden Streiks sehr trüben können. Es wird ja viel über ansichtslos geführte Streiks geklagt, die ja doch immerhin erst der Zustimmung der Zentrale bedürftig sind. Andernfalls kann es möglich sein, daß das Eintreten in Streiks verlagert wird aus Gründen, die ein Verfehlen der Situation bedeuten. Daraus geht hervor, daß der nächste Verhandlungs eine Regelung dahingehend schaffen muß, daß unter allen Umständen bei der Verfassung eines Streiks durch die Zentrale eine persönliche Aussprache zwischen Zentralvertretern mit Vertretern der Ortsverwaltung vorausgehen muß, nicht nur dort, sondern es sich bei der Verfassung von Gründen, die im Nichtbefolgen der Statuten liegen, kann natürlich eine persönliche Aussprache auch nichts ändern und würde in den Fällen nicht zur Anwendung zu bringen sein. Im übrigen wird es jedem aufmerksamen Leser unseres „Steinarbeiter“ zu Gemüte gekommen sein, daß die letzten Jahre recht viel Streitigkeiten zur Auszahlung gelangt sind an Zahlstellen, die noch lange nicht den statutarischen Satzungen entsprechen, und Dauerstreiks dort geführt wurden, wo selbst voraussetzungslos kurzen Streiks laut Statut hätte die Genehmigung verweigert werden müssen. Taktik ist dies wohl auch, aber ich glaube verkehrte Taktik.

Hamburg.

P. M.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus dem Verbande wurden ausgeschlossen, in Urfhar Georg Sentsleben und Georg Zimmermann, in Strahburg (Elsaß) der Steinmetz Sox und in Birkenfeld bei Forstheim der Steinmetz Wilhelm Stieser.

## Korrespondenzen.

Abelsbän (Hannover). Infolge eines Unfalls starb der Kollege Hermann Schnadhoff aus Dedelsheim in der Klinik zu Göttingen im Alter von 29 Jahren. Derselbe war beim Steinbrechen auf der Bramburg ohne Seil am Felsen beschäftigt, plötzlich lösten sich die Steine, worauf er stand und Schnadhoff stürzte ab. Wäre derselbe im Seil gewesen, so wäre es nicht passiert. Wir fragen, sind denn nicht genügend Seile da oder gibt der Bruchmeister keine Anweisung, dieselben anzulegen? Es konnte ja am andern Tage bald wieder passieren durch unvorsichtsmäßiges Arbeiten, daß ein paar Kollegen zu Krüppel geschlagen wurden. Der Herr Gewerkeinspektor könnte hier öfters Gelegenheit zum Eingreifen finden. Dieses kam auch in der letzten Versammlung lebhaft zum Ausdruck. Auch wurde das recht l i m m e l h a t e Verhalten eines Anstaltsgenossen gerügt, der den Versammlungsanschlag abgerissen hatte. Na ja, derselbe ist ja auch Patriot. Mit den Verhältnissen selbst werden wir uns in nächster Zeit mehr beschäftigen.

Ammelsbain (Westf. Benda). Am Sonntag, den 19. November, tagte im Gasthof zu Ammelsbain eine Steinarbeiterversammlung. Der Kollege Walter Leipzig referierte über: Arbeiterkampf in der Steinindustrie. Der Vortrag wurde seitens der Anwesenden mit spannender Aufmerksamkeit entgegengekommen. Unter Punkt 2 wurde vom Kassierer die Quartalsabrechnung bekanntgegeben. Dieser ist zu entnehmen, daß die Finanzen der Zahlstelle Benda auf guter Grundlage aufgebaut sind. Es wurde im 3. Quartal ein lokaler Krankengeldzuschuß von 177 Mark bewährt, und treffend bemerkte der Vorsitzende Schlegel, daß es wohl den Kollegen von Ammelsbain und Altenhain willkommen sein könnte, wenn sie bei ihren schlechten Krankenkassenverhältnissen 6 Mark Zuschuß pro Woche vom Verbande erhielten. Unter Veruss- und Verbandsangelegenheiten wurden verschiedene Mittelungen gemacht. Kollege Schlegel erfauchte am Schluffe der Versammlung die Anwesenden, auch auf politischem Gebiete ihre Pflicht zu tun; dazu bietet die Reichstagswahlbewegung die beste Gelegenheit. Kein Steinarbeiter wane seine Stimme einem andern als dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Friedrich Geyer, geben. Die nächste Versammlung findet im Gasthofe zu Altenhain statt.

Dreitendern (Obern-Rassau). Am 19. November fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Rante und Bödingen referierte, und zwar über: Zweck und Nutzen der

Organisation. Der Redner verstand es, mit kernigen Worten das Kapital und das Unternehmertum zu kennzeichnen. Von den 150 Arbeitern, die hier beschäftigt werden, ist erst die Hälfte organisiert. Seit September ist die Zahl der Organisierten aber von 12 auf 70 gestiegen. Auch sollen die Kollegen auf der Hut sein und immer agitieren, so daß auch der letzte Arbeiter der Organisation angehört. (Stürmischer Beifall.) Nachdem nun der Vorsitzende einen Brief aus dem 11. Gau vorgelesen hatte, wurde eine Sammlung für die Darheimer Kollegen vorgenommen. Am Schluffe der Versammlung wurde die Lokalfrage angeregt, weil uns kein Lokal für den Wahlverein zur Verfügung steht.

Groschenbach. In Anwesenheit des Gauleiters fand am Dienstag, 21. November, im Gasthaus zur Rose dahier eine Versammlung statt. Nachdem die Geschäftslage im allgemeinen besprochen war, wurde festgestellt, daß die hiesigen Firmeninhaber nicht im entferntesten daran denken, den Tarif, den sie so häufigen aufgezogenen haben, auch wirklich zu bezahlen. Mit wahrer Raffinerie werden die vielen Fäden dieses unmodernen Tarifs ausgeklügelt, um die Arbeiter teilweise um ihren lauer verdienten Lohn zu bringen. Nicht genug, daß man dort, wo der Tarif nicht bestimmt angewendet werden kann, alle Hebel in Bewegung setzt, um die Arbeiter irrezuführen und am Lohn abzuhacken, werden überall Versuche gemacht, die sicher feststehenden Preise für Wertstücke zu kürzen. Von allen versteht es jedoch Herr Hüttig am besten. Er scheint sich um den Tarif überhaupt nicht zu kümmern, denn sonst könnten keine solchen Preisreduzierungen vorkommen, wie sie hier wahrgenommen werden mußten. Sache der Kollegen wird es sein, Einigkeit zu zeigen und unter allen Umständen das zu verlangen, wozu wir berechtigt sind. Wir schließen mit dem Wunsch, daß die Kollegen jähe zu ihrer Organisation halten und die Versammlungen fleißiger besuchen, denn wird es auch möglich sein, die geschilderten Mißstände nach und nach auszumergen.

Halberstadt. Am 19. November fand wiederum eine außerordentliche Versammlung statt. Zuerst wurde die allgemeine Geschäftslage besprochen. Dieselbe ist, wie alle die Jahre, eine schlechte zu nennen, denn der Sandstein wird durch den Kunststein fast vollständig verdrängt, und kommt Sandstein zur Verwendung, dann kommt er von außerhalb. So haben sich auch bei der letzten Submission am Kaiserinnenbau für die Maschinenabteilung folgende Blütten ergeben: Es forderten Sölling-Verlin 8024 Mark (Höchstgebot), Neßmann-Wirna 8802 Mark (Niedrigstegebot). Wir fragen uns, wer ist der Weidtragende? Auch die Blankenburger Steinbruchbesitzer sind beteiligt und sind 40 Prozent billiger wie das Höchstgebot. Ein wunder Punkt in unserer Jahresliste ist der Tarif, weil er schlecht eingehalten wird. Mit internen Angelegenheiten, Sammellisten und Zuschuß für die durchreisenden Kollegen, fand die Versammlung ihr Ende.

Heppenheim (Odenwald). Am Sonntag, den 19. November, fand im Gasthaus zur Bergstraße unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Die Revisoren befanden, daß alles in bester Ordnung sei, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Die 14tägige Lohnzahlung bei der Firma Bruchner, hier, (Mittelschiff-Bunfel) gab Anlaß zu einer längeren Debatte. Bei genannter Firma war seit ihrem Bestehen wöchentliche Lohnzahlung. Auch im Tarif ist wöchentliche Lohnzahlung vereinbart. Die Firma führte ohne weiteres nun die 14tägige Lohnzahlung ein. Auch wurde eine Arbeitsordnung vorgelegt, die noch verschiedene Verschlechterungen für unsere Kollegen enthält. Die Maßregelung des Kollegen Schwab wurde ebenfalls einer Kritik unterzogen. Der Kollege arbeitete im Betriebe Herichl, wo ihm im Namen des Arbeitgeberverbandes der Granitindustriellen des Odenwaldes gekündigt wurde. Unser Kollege fand wieder Arbeit bei einem Unterakfordantien; aber auch hier mußte er am zweiten Tage auf Anordnung der Vorgesetzten die Arbeit wieder verlassen. In den meisten Betrieben ist der Geschäftsgang sehr flau, und werden meistens nur Randsteine angefertigt.

Längensala. Am 16. November tagte unsere fällige Monatsversammlung, welche mäßig besucht war. Beim Kartellbericht wurde über das Herbergsweil kritisiert. Unsere Kollegen schlafen im „Härringer Hof“. Allerdings sucht sich der Wirt die Kollegen aus, die er behalten will, wenn ihm ein Kollege nicht paßt, der muß dann auf der „Helligkeit“ übernachten. Das Kartell soll diesem Mißstand abhelfen. Zum Punkt Reichstagswahlen wurden dem Wahlkomitee 40 Mark überwiesen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, zur Reichstagswahl kräftig zu agitieren und nach Möglichkeit alle an der Ringblattverteilung teilzunehmen, damit wir auch in unserm Wahlkreise als Sieger dastehen. Im Punkt Verschiedenes wurden den durch die Ueber-schwemmung geschädigten Kollegen von Grüns- und Heidingsfeld 30 Mark zur Bänderung der entstandenen Not bewilligt.

Leipzig. Die Steinarbeiter hielten am 15. November im Volkshaus ihre Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer gab seine Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahmen betragen 8426,88 Mark, die Ausgaben 1841,15 Mark; bleibt ein Kassensbestand von 6585,43 Mark. Der Kassierer wird auf Antrag der Revisoren entlastet. Kollege Risse berichtete über die Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Normaltarifs für Sachsen. Er teilt mit, daß in der nächsten Sitzung die Prozentzuschläge entfällt (!) festgestellt werden sollen. Ob diese annehmbar sind, bleibt eine Frage der Zeit. Unter Vereinsangelegenheiten wurden für die ausgeperrten Tabakarbeiter 30 Mark als erste Rate bewilligt. Weiter wurden den Kollegen in Grünfeld (Baden), welche bei einer Ueber-schwemmung ihr Hab und Gut verloren, ebenfalls 30 Mark überwiesen. Auch wurden 100 Mark dem Reichstagswahlfonds zugewiesen. Unter Punkt Verschiedenes teilte der Berichterstatter mit, daß die Abmachungen, welche mit den Bildhauern getroffen werden sollten, von diesen in ihrer Versammlung nicht angenommen wurden. Es wurde beantragt, eine Petition an den Rat der Stadt Leipzig zu schicken, um die vorkommenden Steinmetzarbeiten sofort anfertigen zu lassen, denn es herrscht hier großer Arbeitsmangel und weitere Kollegen haben noch ihre Entlassung zu befürchten.

Marktbreit (Muschelkalgebiet). Der Winter naht mit Riesenschritten; damit ist die schlimmste Zeit für unsere Berufs-kollegen angebrochen. Ein großer Teil ist arbeitslos geworden und bevölkert, wenn er nicht gerade Glüh hat in einer Fabrik unterzukommen, die Sandstraße. Ein aufmerksamer Beobachter wird selbst bemerken, daß fast jedes Jahr, auch mitten im Sommer, immer dieselben Kollegen von diesem Gespenst der Arbeitslosigkeit verfolgt werden. Veranlaßt man Stichproben und fragt von Zeit zu Zeit: War denn bei euch gar nichts mehr los? so wird man meistens zu hören bekommen: Es ist Arbeitsmangel eingetreten und da müssen denn die zuletzt Eingestellten losziehen. Mancher Unternehmer glaubt korrekt zu handeln, wenn er bei einer Krise die zuletzt Eingestellten entläßt. Er kommt da in gewisser Beziehung den Wünschen der früher Eingestellten nach, die gar zu leicht eine Maßregelung darin erblicken, sollten mal die Entlassungen von vorne beginnen. Wieder andre Firmen stellen dies den Kollegen selbst anheim, wie sie die überflüssigen Leute abgeben wollen. Gewöhnlich wird als ganz selbstverständlich angenommen, daß die zuletzt Eingestellten den Platz zu räumen haben. In vielen Fällen müssen die Berbetreten den Endigen mit gutem Beispiel vorangehen. Daher erklärt sich, daß man Jahr für Jahr immer dieselben Gesichter sieht. Daß diese manchmal nur widerwillig losziehen, ist erklärlich, sind sie doch immer und immer wieder die Letzten, haben sie noch nicht einmal soviel Geld bekommen, um ihre Eritzlinge, die bei der letzten Wanderung ziemlich mitgenommen worden sind, wieder herrichten lassen zu können. Da man aber bei der heutigen Gesellschaftsordnung nicht naderum umherspazieren kann und darf, müssen sich die Kollegen eben das Notwendigste anschaffen. Die

paar Pfennige, die sie noch herausbekommen, werden bei dieser Gelegenheit alle, der Sozialwert muß dann mit dem „Sack“ vorliebnehmen. Die Folgen sind dann die Stadtbriefe im „Steinarbeiter“. Hat nun ein solcher Kollege, vollständig heruntergekommen, wieder Arbeit bekommen und ist ernstlich bemüht, einen Menschen aus sich zu machen, so wird häufig nichts daraus, denn er ist wieder bei den „Letzten“. Die Gedächtnisse geht wieder von vorne an. Nun frage ich: Ist das richtig, ist dies kollektiv? Nun werden die Kollegen in der Sandsteinbranche sagen, im Winter sind wir ja alle heraus. Bei Sandstein, ja; aber nicht in der Hartsteinindustrie. Die einzige richtige Lösung wäre die, wenn das Los entscheiden würde. Einwände, die gemacht würden von den Alten, jetzt nachdem etwas geschafft ist, sollen wir andern Platz machen, sind nicht stichhaltig, denn eben die Letzten müssen indirekt mithelfen, indem sie den Zugzug fernhalten. Ebenso ist dies nicht stichhaltig, wenn gesagt wird, wenn das Los mal einen trifft, der als besonders tüchtig gilt, den kann das Geschäft nicht entbehren, Erjas ist für jeden da und wenn er noch so tüchtig ist. Im Interesse aller Reisenden möchte Schreiber dieses an die Kollegen das Erfragen richten, ihre Meinung über diese Sache im „Steinarbeiter“ kundzugeben und in den Bundes-rechten darauf hinzuwirken, daß bei dieser Sache etwas Gerechtes herauskommt. Wir müssen nach meiner Meinung bei schlechterem Geschäftsgang für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, das ist das Richtige.

Münnerstadt. Die Versammlung am 17. November war mäßig besucht. Zum 1. Punkt: Tarifangelegenheit, kritisierten verschiedene Kollegen das Steinmaterial vom Karlsberg. Nachdem sich die Kollegen schon an die Firma gewandt haben, jedoch ohne Erfolg, so wurde beschlossen, den Gauleiter zu verständigen, mit der Firma zu verhandeln, daß die 15 Proz. Abzug von den Karlsberger Steinen wegfallen. Zum 2. Punkt: Platzangelegenheit, ging es recht kritisch zu, besonders wegen des Platzes am Bahnhof. Verschiedene Kollegen glaubten, es werde der eine oder der andre bevorzugt, jedoch kam es zur Klärung, daß es nicht der Fall ist. 3. Verschiedenes. Mehrere Kollegen waren nicht anwesend, so feig waren sie aber doch, sich weder beim Au-gefallen oder sonst bei einem andern Kollegen zu entschuldigen.

Münnerstadt. Bericht über die am 15. November stattgefundene kombinierte Versammlung.) Der Kunterpuger Kollege Ettlinger erteilte dem Vorsitzenden Ziegler vom Bauarbeiterverband das Wort, welcher als Referent den ersten Punkt: Wie stellen wir uns zum Akford behandelte und denselben in eingehender und ausführlicher Weise erlebte. Besonders wies er in seinem Referat über die Schädlichkeiten des Akfordes sowie des Akfordierens hin, weil dadurch die Gesamtheit leidet, wo die Kollegialität untergraben wird. Hier in Münnerstadt ist das Akfordsystem kein geregeltes. Im Deutschen Reich gibt es verschiedene Orte und Städte, wo Akfordverhältnisse bestehen, aber laut Zentralratsgerichtsbeschlüssen haben in diesen Orten und Städten keine Akfordverhältnisse zur Einführung zu gelangen, weil laut Vertrag nichts von dem niedergelegt ist. Die Unter-nehmer haben es schon verschiedentlich versucht, das Urteil des Zentralratsgerichts auszuheben, damit an dessen Stelle das Akfordverhältnis Platz greifen kann, aber das Zentralratsgerichts stellt sich auf den Standpunkt, daß kein Akford üblich ist, darf auch ein solcher nicht eingeführt werden, weil dadurch Zwangsverhältnisse und Unannehmlichkeiten entstehen, die nachteilig wirken können. Es sind somit die Unternehmer abermals abgewiesen worden; sonach hat das Akfordieren unter den Kollegen aufzuheben. In den neunziger Jahren hatte man andere Verhältnisse, da machten sich Kolonnen zusammen, welche die Arbeiten übernahmen und den Ueber-schuß unter sich verteilten, was aber jetzt nicht mehr der Fall. 1904 bis 1905 tauchten allmählich die Unterakfordanten bzw. die Zwischenmeister auf, welche sich bis auf den heutigen Tag fortgepflanzt haben, so daß nach und nach die Arbeitslosigkeit immer schlimmer wurde. Er, Referent, sowie Kollege Krauß hatten sich der Mühe unterzogen, eine Statistik der zurzeit an Bauten beschäftigten Steinhauer auszuführen. Beschäftigt waren 184 Kollegen, davon waren bei Bauunternehmern 152 und 30 bei Zwischenmeistern oder Unterakfordanten und nur 2 arbeiteten im Akford. Anzunehmen ist demnach, daß die übrige größte Hälfte arbeitslos ist oder in andere Berufe eingetreten ist. Ferner hat der Referent eine Resolution vorgelesen und jedem Anwesenden ein Exemplar übergeben. Die Resolution fand Annahme. Es folgte dann Hofses Referat: Die Bundesratsverordnung. Redner geistelte zunächst die Nachlässigkeit der Unternehmer in bezug auf die Einhaltung der Bundesratsverordnung, ferner machte er auf die gesundheitschädlichen Verhältnisse, worunter die Steinhauer zu leiden haben, aufmerksam. In Münnerstadt läßt eben die Bundesratsverordnung noch viel zu wünschen übrig, es fehlen dementsprechende Buden bei Regen oder Sonnenschein. Ferner sind nicht die Unterakfordräume oder Frühstücksbuden dermaßen instand gehalten, wie es von Seiten des Bundesrats vorgegeschrieben ist. Auswege wissen die Herren Unternehmer immer. Die Diskussion, welche über beide Referate eröffnet wurde, blieb im Rahmen der zwei Vorträge. Unter anderem wurde von den Diskussionsrednern gewünscht, mehrere gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten, um über Mißstände zu beraten, damit dieselben auch dementsprechend beseitigt werden. Ein Antrag, der gestellt wurde, daß die Sperre über den Betrieb zeitam verhängt bleiben soll, wurde auch angenommen, weil die Firma den Arbeitslohn ihren Arbeitern nicht auszahlen konnte.

Am 18. November fand eine Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt Neuaufnahmen und Quartalsabrechnung erhielt der Kassierer Krauß das Wort. Neuaufgenommen wurden 16 Kollegen, die Quartalsabrechnung hat derselbe ebenfalls bekanntgegeben sowie über die Mitgliederbewegung berichtet. Auf Antrag des Kassierers wurden 7 Kollegen gestrichen, da dieselben mit ihren Beiträgen erheblich im Rückstande sind. Der Revisor Popp bestätigte, daß die Kasse sowie das Kassensbuch sich in bester Ordnung befindet und beantragte, daß dem Kassierer Decharge erteilt werde. Zum 2. Punkt erhielt ebenfalls Krauß das Wort, welcher als Delegierter zur Bauarbeiterkonferenz nach München entsendet war. Er erwähnte, daß der Bericht gedruckt in einer kleinen Broschüre erscheint und an die Gewerkschaftsmitglieder für den Preis von 10 Pf. geliefert werden soll.

Oppach (Saxth). In der hiesigen Granitindustrie hat der Verband sehr schöne Fortschritte gemacht. Den Kollegen ist noch in frischer Erinnerung, in welsch unverborener Weise uns die Unternehmer bei der letzten Lohnbewegung abspeisten. Aus jenem Benehmen haben die Kollegen eine vernünftigerweise dementsprechende Lehre gezogen und sich besser organisiert. Dem Unternehmer Liebiger scheint nun die Sache nicht zu passen, daß sich die Arbeiter koalieren, denn er nahm Entlassungen vor. Herr Liebiger sitzt im Kirchenvorstand, er ist ein begeisterter Anhänger des Militärvereins, aber trotzdem scheint er nicht zu wissen, daß man den Arbeitern Freiheit gewähren soll bezüglich der Organisation. Die Schleier und Steinmetzen werden in Zukunft schon ihre Rechte zu wahren wissen. Eritzlich ist es, daß in der gesamten Oberlausitz eine rege Organisations-tätigkeit zu verzeichnen ist. Es gibt in unserer Gegend kaum noch einen Ort, wo nicht der Steinarbeiterverband einen Stamm tüchtiger Mitglieder hätte.

Wellerode. Die Gedlossenheit der hiesigen Steinarbeiter macht selbst die Bruchmeister sehr unruhig. Einer derselben wird wirklich nicht, was er für einen Unstimm auf den Tisch bringen soll. Er bedient sich unbeschreiblicher Ausdrücke. In jüngster Zeit sprach er: „Im Frühjahr kommt einer, der prügelt, wenn die Arbeiter nicht gehorchen.“ Wir gewaltigen dem neuen Bruchmeister. Dem jegigen aber lagen wir: „Er müsse nicht glauben, daß es noch Steinarbeiter gibt, welche sich mit Seimruten fangen lassen.“ Es wird noch immer versucht, unsern Verband zu sprengen. Unser Verband steht auf einer guten Grundlage, das mögen die Herren bedenken.

**Wittenburg.** Für die durch Wollenbruch geschädigten Kollegen in Weiskopf und Weiskopf gingen an freiwilligen Beirägern bis zum 22. November folgende Gelder ein: Hof 10., Brandenburg a. S. 5., Frankfurt a. O. 10., Erfurt 15., Bremen 5., Kiel 20., Seebach 15., Sternenseid 10., Rönigspflutter 10., Schwarzenbach 50., Darmstadt 10., Crailsheim 20., Stuttgart 10., Ochsenburg 5., Bähn 5., Metten 10., Halberstadt 12., Hamburg 100., Rauban 10., Wotke 18., Que i. Erzgeb. 20., Ströbel 20., Nordendorf 10., Berned 20., Deutmannsdorf 19.55, Striegau 50., Gitterhagen 15.50, Lübeck 15., Koblenz 10., Mühlhausen t. Th. 20., Straßburg 50., Krefeld 5., Hamburg 100., Offenburg 10., Ulm 20., Hokenau 14.30, Essen 15., Flossenbürg 5., Berlin 100., Wunneberg 10., Jöbenbüren Zahlstelle Dena- brück 7.50, Unsen 20., Langensalza 30., Tröbsau 7., Nieder- lant 30., Rudwigsgraben 10., Neuwied 5., Köpft a. M. 10., Zwidaun 10., Bischofswerda 15., Anblau 20.50, Her- bede 20., Meichenbach i. D. 20., Nebra 2.25, Werkplatz Burrer Weinsberg-Deilbronn 11.80, Virmalens 8., Dösch 5., Kaiserlautern 10., Blantenburg a. S. 10., Pilgrams- reuth 20., Dürkheim 20., Kappelrodt 15., Leipzig 20., Alfenz 10.05, Dögel 7.40, Breitenborn 8.80, Kaiserhammer 30., Pirgstadt a. M. 10. — **Marf. bereits quittiert: 1834.65 Marf. Summa: 8121.80 Marf.**

J. A.: M. Kohle, Mückertstraße 7.

## Rundschau.

**Hermann Stolpe.** Am 20. November verstarb der Gölitzer Parteiführer Hermann Stolpe im Alter von 45 Jahren. Der Verstorbene, ein überaus ehrlicher Charakter, war unsern schlesischen Sandsteinarbeitern sehr wohl bekannt. Er hat im Böwenberger und Warthauer Steinbruchgebiet sehr viel für die Ausbreitung der politischen Partei getan. Wir werden dem verstorbenen Kämpfer ein ehrenvolles Andenken bewahren.

**Bauausführungen, an denen die Sandsteindustrie interessiert sein dürfte:** Oldenburg i. Gr. Die Staatsregierung beantragt den Neubau eines Ministerial- und eines Landtags- gebäudes. Kosten: 1 900 000 Marf. — Zweibrücken. Die Hospitalkommission nahm den Antrag auf Erbauung eines neuen Krankenhauses an (800 000 Marf.). — Glogau genehmigte definitiv den Bau eines Offizierkasinos. — Reinerz. Das neue Amtsgerichtsgebäude und das Gefängnis wird gemäß der jetzt eingetroffenen Genehmigung des Ministers in der neuen Villenstraße errichtet werden. — Alfeld i. Hann. Der Bau eines neuen Kreiskrankenhauses wird 1912 in Angriff genommen werden. Baukosten 200 000 Marf. — Elve will mit einem Kostenaufwand von 180 000 Marf. eine 14klassige Volkshule errichten. — Schneberg i. Sa. Die Kaufmännische Genossenschaft will eine Handelsschule errichten. — Walden- burg i. Schl. genehmigte die Aufnahme einer Anleihe von 220 000 Marf. für den Neubau einer katholischen Volkshule. — Leipzig beschloß die Erweiterung der 30. Bezirksschule. — Wilmersdorf-Berlin. Drei neue Schulprojekte stehen bevor: zwei neue höhere Schulen und eine Mittelschule. — Hohenschönhausen-Berlin beschloß den Bau einer Volkshule. — Bonn beschloß den Bau einer Fortbildungsschule. — Bamberg genehmigte die Errichtung eines Schul- hauses (500 000 Marf.). — Barel. Der Barelener Turnklub wird in absehbarer Zeit eine Turnhalle errichten. — Gaysau in Schlesien nahm eine große Anleihe auf, wovon 180 000 Marf. für den Um- und Erweiterungsbau des Schlachthofes und 165 000 Marf. zum Bau einer katholischen Schule dienen sollen. — Döhringen i. Württh. genehmigte die Erstellung eines neuen Schlachthofes nebst Kühleinrichtung (110 000 Marf.). — Tegernsee (Bayern). Hier wird ein großartiger Hotel- prachtbau entstehen, dessen Kosten auf 1 500 000 Marf. veranschlagt sind.

**Sieger geblieben.** Die Firma Kreuter u. Böhringer hat die Egensteinbrüche des Städtchens Lindenkels (Oldenwld) wiederum auf längere Zeit gepachtet. Der Gemeinderat machte zuerst in Opposition, weil ihm die gebotene Pachtsomme als zu niedrig erschien. Aber die Firma konnte ihr Ziel trotzdem er- reichen. Die Firma hat vor einigen Jahren ihre „treuen“ Ar- beiter wegen Ausübung des Koalitionsrechts schonungslos aus- gesperrt.

**Große Straßenbauten in Sofia (Bulgarien).** Unter der Firma Societä anonyme bulgare des carrieres (Sofia) gründeten die Kissebeyer Granitsteinbrüche A.-G. (Sig. Budapest) und die Sofioter Keramikfabrik in Sofia ein neues Unternehmen, haupt- sächlich zur Durchführung von Straßenbauten und Arbeiten ähn- licher Natur in Bulgarien. Die neue Gesellschaft besitzt in der Nähe von Philippopol Steinbrüche von großer Ausdehnung; ihre erste Arbeit ist die Verpflasterung der Straßen von Sofia; eine Arbeit, welche die Unternehmungssumme von 4 500 000 Franz repräsentiert.

Unbestreitbar war die Kissebeyer auch bisher die größte Straßenbau- und Steinbruchunternehmung in Ungarn; durch ihre Aktion in Bulgarien nimmt diese Unternehmung eine rick- lich staunenswerte Ausbreitung. Durch ihren Zusammenschluß mit der bulgarischen Firma gelangte die Kissebeyer in den Besitz eines riesigen, bisher fast gar nicht ausbeuteten Bruchgebietes, welches die schon bisher riesigen Gewinne dieser Gesellschaft noch steigern wird.

**Streikarbeit ist fittenwidrig.** In Berlin klagte der Stein- druckereibesitzer Schlegelinger gegen den Hilfsarbeiter J. auf 21.60 Marf. Schadenersatz. Die Klage stützt sich auf § 124b der Ge- werbeordnung, wonach die Arbeitgeber für den Fall des Kontrakt- bruchs des Arbeiters den ortsbüblichen Tagelohn für eine Woche als Schadenersatz fordern kann, ohne dabei an den Nachweis des Schadens gebunden zu sein.

Der Beklagte erhob Widerklage wegen 7.60 Marf. rück- ständigen Lohnes und machte geltend, daß er mit Recht die Arbeit verfallen hätte, weil er, obwohl er nur Hilfsarbeiter sei, die Ar- beit der ausständigen Steinbruder machen sollte. Das Gewerbe- gericht erklärte die Verweigerung der Streikarbeit für durchaus berechtigt. Da der Beklagte aber nicht die ihm zugemutete Streik- arbeit zurückgewiesen, sondern kurzerhand das Arbeitsverhältnis freiflos gelöst habe, so liege allerdings Kontraktbruch vor. Be- klagter wurde verurteilt, an den Kläger die Entschädigung zu zahlen, während dieser an den Beklagten und Widerkläger den rückständigen Lohn mit 7.60 Marf. herauszahlen muß.

**Eigenartiges Urteil.** Im preussischen Gewerbeinspektions- bericht für den Bezirk Magdeburg lesen wir:

Um dem starken Alkoholgenuß in den Steinbrüchen ent- gegenzuwirken, wurde auf Drängen des Gewerbeaufsichts- beamten von einem größeren Bruchunternehmer in einer An- zahl seiner Betriebe der Versuch gemacht, alkoholfreie Getränke selbst herzustellen und zum Selbstkostenpreise, der ziemlich ger- ring ist, an die Arbeiter abzugeben. Der Versuch mißglückte leider. Nur sehr wenige Arbeiter machten von der Einrichtung Gebrauch; die andern tranken Bier, obwohl es wesentlich teurer war, in dem bisherigen Umfang weiter.

Es kommt allerdings darauf an, ob der betreffende Stein- bruchbesitzer alkoholfreie Getränke liefert, die auch dements- sprechend trinkbar waren. Auch die „Wasserfabrikation“ muß verstanden sein. Mit einem Schlägel ist eben das Alkohollibell nicht zu beseitigen. Wir glauben nicht, daß es sich um organisierte Arbeiter bei jenem Versuch gehandelt hat.

**Sächsische Streikjustiz.** Unter dem Vorsth des vor einigen Tagen durch seinen eigenartigen Ausspruch: „Der Richter stehe zum Angeklagten wie der Offizier zu seinem Untergebenen“ be- kannt gemordenen Amtsgerichtsrats Dr. Lottermoser, verhandelte das Schöffengericht in Dresden gegen einige Streikführer. Und

die Urteile entsprechen ganz der Anschauung dieses Richters. So wurde ein Arbeiter, der bei dem Streik der Schokoladenarbeiter in Dresden der „Ehre“ einiger arbeitswilliger Mädchen zu nahe getreten sein soll, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Sein Verbrechen bestand in der Hauptache darin, daß er den Schuhen der beiden Arbeitswilligen zu nahe gekommen ist. Die Mädchen erklärten auf Befragen, daß sie dies zwar bemerkt, sich aber nicht verlegt gefühlt hätten. Außerdem hat er die Mädchen durch Worte beleidigt. Wegen Verleumdung und Körperverletzung wurde die hohe Strafe verhängt.

In einem zweiten Falle wurde ein Arbeiter von demselben Gericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen ar- beitswilligen Fensterputzer einen Streifbrecher genannt haben soll. Der Angeklagte bestritt lebhaft, das Wort gebraucht zu haben. Als Belastungszeuge diente ein arbeitswilliger Salz- mann, der wegen Meineid nicht eidfähig ist.

Auf der andern Seite kann dieser Amtsgerichtsrat auch sehr milde sein. Ein Hilfsarbeiter beim Artilleriedepot, der zwei Schulungen, die Eichen in einen Bach schossen, durch zwanzig Schläge mit einem fingerbilden Birkenstock auf das Gesicht miß- handelt hat, so daß nach ärztlichem Befund handtellergroße Blut- ergüsse festgestellt wurden, erhielt 40 Marf. Geldstrafe. Das Ge- richt erachtete die Mißhandlung nur als eine einfache Körper- verletzung. Ein Birkenstock sei nach der Art des Gebrauchs kein gefährliches Werkzeug.

Die Sucht nach dem Gelde! Im „Berliner Lokalanzeiger“ ist nachstehendes Inserat zu finden:

Ernst gemeint. Junger Pfarrer, in schönster Lage Thü- ringens, ange stellt, mündigt infolge gänzlichen Mangels an passender Damenbekanntschaft in Verbindung zu treten mit junger, gebildeter, hübscher und vermögender Dame zwecks baldiger Heirat. Eventuelle Vermittlung nur durch Verwandte. Offerten mit Bild unter M. Z. 35 hauptpostlagernd Erfurt.

Der junge Pfarrer sollte doch die Bibel kennen, in der es heißt: „Ihr sollt nicht Schätze sammeln, die der Rost und die Motten fressen!“ und weiter: „Es wird eher ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, als daß ein Reicher in den Himmel komme.“ Und dem neugierigen reichen Jüngling, der den Nazarener fragte, wie er die ewige Seligkeit erlangen könne, soll er geantwortet haben: „Verkaufe alles, was du hast, und schenke es den Armen und folge mir nach“, — den Jüngling sah keiner mehr wieder. — Wenn es so schwer ist für einen vermögenden Mann, in den Schatz Abraham's zu gelangen, so muß man sich doch wundern, wie leichtfertig die Herren Vertreter der Kirche sich der Möglichkeit begeben, der ewigen Genüsse teilhaftig zu werden. Es drängt sich hierbei unwillkürlich die Schlussfolgerung auf, daß entweder ihr Glaube an ein Jenseits auf sehr schwachen Füßen steht und sie sich sagen: ein Sperling in der Hand ist besser als ein Storch auf dem Dache, oder aber sie verzichten auf die Herrlichkeiten in jener Welt zugunsten der Herrlichkeiten auf dieser Erde — in beiden Fällen dürften sich die Enterbten und Verstoßenen des Glückes ein Beispiel nehmen.

**Ein riesenhaftes Stauwerk.** In Australien wird, so liest man in der „Zeitschrift für Tiefbau“, der große Warren Dam, wie dort ein Bauprojekt genannt wird, eine Länge von fast 250 Meter und eine Höhe bis zu 75 Meter erhalten. Der ganze Dam soll aus großen Steinen mit Zement hergestellt werden und hat an der Basis eine Breite von fast 50 Meter. Das Werk ist zur Sammlung der Gewässer aus einem Gebiet von gegen 15 000 Quadratkilometer bestimmt, wo durch erheblichen Schneefall im Winter ein großer Wasserreichtum bedingt wird. Das Stauwerk hinter dem Dam soll bei vollständiger Füllung über eine Milliarde Kubikmeter enthalten. Diese Anlage würde sicher un- möglich gewesen sein, wenn die Natur nicht etwas vorgearbeitet hätte durch die Schaffung einer tiefen Schlucht in Felsen aus Granit, die gleichzeitig ein treffliches Baumaterial liefern.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

**Diepshj.** Mein Sohn, der Steinmetz Georg Ammon, möchte sofort seine Adresse einsenden. Frau D. Ammon. **Eilberfeld.** Der Schleifer Christian Stumm, geboren am 27. Oktober 1864 zu Ohr bei Köln, hat als Unterlassener nicht abgerechnet. Ich ersuche die Vertrauensleute um Angabe seiner Adresse. J. Schmidt, Eilberfeld, Bielerstr. 9.

# Anzeigen

**Agitationssammlungen im Sichelgebirge**

- Weissenstadt:** Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im **Gasthof zur Post.**  
**Niederlantz:** Montag, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im **Gasthof zur Grünen Au.**  
**Wunsiedel:** Dienstag, den 5. Dezember, abends 5 Uhr, im **Gewerkschaftsheim.**  
**Tröstau:** Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, bei **Johann Köstler.**  
**Seussen:** Donnerstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, bei **Rasp.**  
**Asch:** Freitag, den 8. Dezember, abends 5 Uhr, bei **Ludwig.**  
**Selb:** Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, in der **Zentralhalle.**  
**Kaiserhammer:** Sonntag, den 10. Dezember, nachm. 3 Uhr, im **Gasthof zum Kaiserhammer.**  
Referent: Kollege **Alois Staudinger.**  
Kollegen, sorgt für massenhaften Besuch.  
J. A.: Heinrich Hoffmann.

**Steinarbeiter von Wurzen und Umgegend.**

Sonntag, den 10. Dezember  
**Wintervergütungen**  
im **Gasthof Lüpitz.**  
Die Kollegen der Wurzener Zahlstelle werden mit ihren lieben Frauen freundlichst eingeladen. Die Festrede hält Kollege **Starko-Leipzig.** Für genügende Unterhaltung ist in genügender Weise gesorgt, so daß sich jeder diese vergnügten Stunden leisten sollte.  
Anfang nachmittags 4 Uhr.  
NB. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind herz- lichst eingeladen.  
Der **Festausschuss.**

**Schürzen** Hausmachersinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, **Jadetts, Leder- und Wuschstufen** in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6,** jetzt **Bartelsstrasse 93.**

**Berned.** Der Kollege **Wolff Bendler, Steinmetz,** geboren in Schwarzenbach a. S., hat hier sein Buch liegen lassen.  
**Johann Rudaschel,** Vorfigender.  
**Hohenau-Neudorf.** Den beiden Steinmetzen **Joseph und Julius Gramüller** sind neue Interimskarten nicht auszu- stellen.  
**Fritz Riedel,** Kassierer.  
**Penberg.** Die Steinmetzen **Reith und Koppenhöfer** wurden wieder in den Verband aufgenommen.  
**Christian Thaler,** Vorfigender.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. bis mit 25. November 1911.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei- tragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbs- losenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Obernburg a. M., B. 41.32, K. 1.25, M. 0.75. Miltenberg, B. 68.—, Wittweida, B. 500.—, Büchberg, B. 179.86, K. 6.10, M. 1.25. Baugen, B. 811.—, E. 10.—, K. 20.—, Viefelsfeld, B. 22.50, E. 6.50, K. 10.—, Altleben, B. 202.98, E. 30.—, K. 1.30, M. 0.80. Storkow, B. 4.—. Freiberg i. Schl., B. 3.60. Egisdorf, B. 0.70. Stargard, B. 1.30. Stuttgart, Div. 10.—. Löwenberg, Ins. 2.—. Apolda, B. 1.85. Hohenalza, B. 4.—. Adelshagen, B. 159.—, E. 7.50. Brüch, B. 60.—, K. 1.50. Pung- lau, B. 206.—. Marktbreit, B. 150.—. Schnabrück, B. 35.80. E. 1.50, K. 7.70. Speier, B. 84.—, E. 8.50. Wenig-Madwig, R. 300.—. Ziegelanger, B. 126.—. Steinach, B. 194.28, E. 9.50, M. 13.—. Sproitz, B. 6.60, E. 11.—. Selbitz, B. 76.50, E. 1.50, K. 0.60, M. 4.40. Obermörten, B. 126.—, K. 10.—, M. 0.40. Vöbba, B. 412.—. Häslitz, B. 798.—. Hardheim, B. 13.92. E. 4.50. Halle, B. 65.25. Gauzenberg, E. 9.—. Geberschweier, B. 46.20, K. 1.80. Niensstetten, B. 7.25. Oberullersdorf, B. 4.25. Campe, B. 2.40. Hedwigsburg, B. 2.20. Dörnberg-Weimar, B. 362.—, E. 5.—, K. 7.70. Berned, B. 25.20, K. 1.80. Geb- weiler, B. 40.—. Langenalthheim, B. 42.—. Würzburg, B. 24.50, E. 0.25. Dörnberg-Weimar, Div. 399.57.  
**Ludwig Geiß, Kassierer.**

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 82, IV.** zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Post- abschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

## Adressen-Änderungen.

**Hall. Vorf.:** Christian Schneider, Lange Str. 20.  
**Kappelrodt. Kass.:** Johann Buchner, jetzt wohnhaft in Kappelrodt.  
**Karlshafen a. Weser. Vorf. u. Kass.:** Heinz Langrehr.

## Briefkasten.

J. Die Kasse kann zu höheren Leistungen nicht herangezogen werden. Ein Rechtsstreit wäre aussichtslos. — P. Sei haltens mit dem Dichter: So lieblich klang des Voglers Pfeife, bis der Gimpel in dem Neze war. — Politikus. Die Friedenspräsenz- stärke betrug 1871: 359 000, 1887: 468 400 und 1905: 615 866 Mann. Im Jahre 1910 wurde für das Heer die Summe von 800 Millionen ausgegeben. — G. Warum denn solche unverständ- liche Bilder in einem Artikel wählen. Merke Dir, was Vesting sagt: „Schreibe wie du redest, so schreibst du schön.“ Dieser Hinweis gilt auch für andere. — An die Kollegen in D. Die Gesteinsmuster sind geradezu famos be- arbeitet. Wir denken, daß der „rotgelektete“ Granit in Zukunft stark begehrt wird. Könnte vielleicht ein kleiner Aufsatz ge- liefert werden über die betreffenden Steinbrüche? Ist etwa eine Photographie des Denkmals zu haben? Vielen Dank für eure Bemühungen. — Beglar. Der christlich-soziale Abgeordnete **Behrens** hat bei der Beratung des Kolligesezes gegen die Ein- führung von Tarifverträgen gestimmt. Er, der christliche Ver- arbeiterführer, verhinderte den ersten Tarif in Bergbau. Hoffent- lich schmeißt die Wähler diesen sonderbaren Heiligen aus dem Reichstag raus. — Rembach. Eine dementsprechende Feststellung ist uns unmöglich. — Treuen. Wir können doch nur die Ver- hältnisse der Zahlstelle berücksichtigen.

**Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte**  
**Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine**  
**Werkzeuge und Werkzeugstahl**

empfehlen zu billigen Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
Preisliste gratis und franko.

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Härtewerk  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Marmorarbeiter**  
für dauernde, gutbezahlte Beschäftigung gesucht.  
**Sächsische Serpentinsteingellschaft**  
Zöbitz (Erzgebirge).

**Gestorben.**

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)  
In Berlin am 17. November der Kollege **Oskar Bah,** 47 Jahre alt, an Asthma.  
In Hardheim am 20. November der Kollege **Wilhelm Geiger,** 24 Jahre alt, an einem Unglücksfall.  
In Oldenburg am 18. November der Kollege **Hermann Säden,** 44 Jahre alt, an der Verusfrankheit.  
In Selb am 21. November der Kollege **Christian Reigel,** 25 Jahre alt, an Lungenerkrankung.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staubinger, Leipzig.**  
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.  
Rotationsdruck d. Leipziger Buchdruckerei **Artiengeellschaft.**

## Wichtige gesetzliche Bestimmungen.

### III.

#### Aus der Schießinstruktion.

(Den Steinbrucharbeitern zum Studium besonders empfohlen.)

##### Geltungsbereich der Vorschriften.

§ 1. Die nachstehenden Vorschriften gelten vom 1. März 1911 ab für die Sprengarbeiten in allen der Steinbruchsberufsgenossenschaft gehörigen Betrieben.

Mit dem Inkrafttreten dieser Vorschriften werden die besonderen Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchsberufsgenossenschaft für Sprengarbeit vom 5. Dezember 1893 nebst dem 1. Nachtrag vom 27. Dezember 1901 aufgehoben.

##### Verantwortlichkeit.

§ 2. Sprengarbeiten dürfen nur von zuverlässigen und in der Sprengarbeit erfahrenen Personen (im nachstehenden Schießmeister genannt) ausgeführt werden; die Namen dieser Personen sind den Arbeitern bekannt zu geben. Ausnahmefälle, in denen der Schießmeister sich eines Helfers bedienen darf, enthalten die §§ 10 und 21. Der Betriebsunternehmer oder sein Vertreter kann nur dann Schießmeister sein, wenn er in der Sprengarbeit erfahren ist.

##### Laden und Befestigen.

§ 10. Beim Laden und Befestigen der Bohrlöcher, die vorher vom Bohrmehl und -schlamm sorgfältig zu reinigen sind, darf der Schießmeister sich nur dann einer Hilfskraft bedienen, wenn er deren Arbeit ständig und unmittelbar beaufsichtigt. Er darf sich nicht eher vom Bohrlöcher entfernen, bis genügender Befehl aufgebracht ist. Nach dem Laden eines Bohrlöcher hat der Schießmeister sofort für die Entfernung der Sprengstoffvorräte aus der Nähe des Bohrlöcher Sorge zu tragen.

§ 14. Zum Befestigen dürfen nur lose eingeschütteter, trockener Sand oder solche Stoffe Verwendung finden, die keine Funken reizen. Sowohl der Befehl wie die Patronen dürfen nur mittels eines hölzernen Ladestockes und ohne Anwendung größerer Gewalt in die Bohrlöcher eingebracht werden. Insbesondere ist das Schlagen auf den Ladestock zu vermeiden. Eisenre Werkzeuge dürfen beim Befestigen nicht verwendet werden.

##### Abtun der Schüsse.

§ 19. Das Abtun der Schüsse darf nur mittels Zündungen geschehen, die so eingerichtet sind, daß den dabei beschäftigten Personen genügend Zeit bleibt, den ihnen zugewiesenen Schutzort zu erreichen. Zündschnüre müssen daher von hinreichender Länge sein und mindestens 20 Zentimeter aus dem Bohrlöcher (der Lasse) herausragen.

Vor dem Abtun der Schüsse sind die Arbeiter durch ein ihnen als solches bekannt gegebenes Warnungssignal zum sofortigen Verlassen des Bruchs oder zum Auffuchen der ihnen angewiesenen Schutzorte aufzufordern.

Soweit geeignete, natürliche Deckungen nicht vorhanden sind, hat der Unternehmer für die Herstellung besonderer, schutzsicherer und ausreichend großer Schutzräume Sorge zu tragen.

§ 21. Der Schießmeister darf das Abtun der Schüsse, sofern es die Umstände erfordern, zuverlässigen Hilfskräften übertragen. Unbefestigte oder mit Wasser befeigte Sprengschüsse sind unmittelbar nach dem Einbringen des Sprengstoffs in das Bohrlöcher durch den Schießmeister selbst abzutun. Das gleiche gilt, wenn während der kalten Jahreszeit zu befürchten ist, daß die in das Bohrlöcher gebrachten Patronen gefrierbarer Sprengstoffe in verhältnismäßig kurzer Zeit hart werden könnten.

##### Verfälscher.

§ 24. Der Schießmeister hat den Verfälscher allein aufzufinden, durch ein augenfälliges Zeichen (z. B. rotes Fähnchen) erkennbar zu machen und, wenn möglich, die Ursache des Verfälschens festzustellen. Tunlichst bald ist der Verfälscher unschädlich zu machen.

§ 26. Ist die Ursache des Verfälschens nicht zu erkennen gewesen, so ist wie folgt zu verfahren:

Die Befestigung des Befehles soll tunlichst mittels eines mit Kupfer Spitze versehenen Strahlrohres (Patronenspißler) durch Wasserpfüllung erfolgen.

Bei sprengfähigen Sprengstoffen darf das Ausspülen des Befehles nur dann stattfinden, wenn eine genaue Messung des Bohrlöcher nach Einbringen des Sprengstoffs festgefunden hat. Es muß mit dem Ausspülen aufgehört werden, sobald die Spitze des Strahlrohres 15 Zentimeter oberhalb der Sprengladung angelangt ist. Durch Einführung einer Schlagpatrone ist dann die Sprengladung abzutun.

Bei Verwendung wasserempfindlicher Sprengstoffe (z. B. Pulver, Sprengsalpeter, Petrolasit, Ammonalpersprengstoffe) ist das Ausspülen bis auf die Sohle des Bohrlöcher fortzusetzen.

§ 27. Das Ausbohren und Ausdragen des Befehles über nicht empfohlenen Sprengladungen ist streng verboten.

Ebenso ist das Nachbohren von Bohrlöchern (Lassen) und das Tiefbohren etwa stehengebliebener Bohrlöcher (Bohrlochköpfe) verboten. Diese sind so zu behandeln, als ob gefährliche Sprengstoffe in ihnen zurückgeblieben wären.

#### Aus dem Strafgesetzbuch.

§ 128. Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruchs mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. — Ist die Handlung von einer mit Waffen versehenen Person oder von mehreren gemeinschaftlich begangen worden, so tritt Gefängnisstrafe von einer Woche bis zu einem Jahre ein.

§ 124. Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich versammelt und in der Absicht, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen mit vereinten Kräften zu begehen, in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, so wird jeder, welcher an diesen Handlungen teilnimmt, mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.

§ 125. Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich versammelt und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruchs mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 222. Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. — Wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden.

§ 230. Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. — Wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden.

§ 253. Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.

§ 367, Absatz 5. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer bei der Aufbewahrung oder bei der Beförderung von Gistwaren, Schießpulver oder Feuerwerken, oder bei der Aufbewahrung, Beförderung, Veräußerung oder Verwendung von Sprengstoffen oder anderen explosiven Stoffen, oder bei Ausübung der Befugnisse zur Zubereitung oder Feilhaltung dieser Gegenstände sowie der Arzneien die deshalb ergangenen Bestimmungen nicht befolgt.

## Die Entwicklung der Zöbliger Serpentin-Industrie.

### I.

Serpentinsteine, wegen seiner Farbezeichnung, die an die Haut einer Schlange erinnert, auch Schlangeinstein (Ophites) genannt, ist geologisch das Ergebnis eines Zerlegungsprozesses; seine Bestandteile sind: Wasser, Magnesia, Kieselsäure, Eisenoxyd, Eisenoxyd und Zonerde. Von dem Serpentin, den die Erdrinde birgt, ist die Zöbliger Lagerung die mächtigste und hervorragendste. Das Lager zieht sich hinter der Stadt von Westen nach Osten dem nahen Dörfchen Anprung zu. Von drei Seiten wird diese Serpentinlagerung durch Gneis, an der Nordseite von Glimmerschiefer eingeschlossen. Die Bearbeitung des Serpentinsteins hat viel Verwandtes mit der Bearbeitung des Marmor, und doch ist erstere ein ganz eigenartiger, besonderer Zweig in der Steinindustrie. Der bruchfeuchte Stein läßt sich fast bearbeiten wie Holz, allerdings stören dabei durch ihre Härte kleine Gebilde, mit denen der Serpentin durchsetzt ist, sogenannte „Granaten“. Der Stein wird gesägt, gehobelt, geschliffen, gedreht und poliert. Als Waren werden hergestellt Mörser, Reibschalen, Wärmehelme, Dosen, Schreibzeuge, Leuchter, Vasen, Urnen, Taufsteine, Grabdenkmäler, Kamine, Säulen usw. Die Farbennüancierung ist recht vielfältig, gelb, rot, rotbraun, dunkelgrün bis schwarz. Die Farben haben eine gewisse Schönheit und wirken auf das Auge recht angenehm, bei geschickter Gruppierung lassen sich z. B. bei Wandverkleidungen außerordentliche Effekte erzielen. Trotz seiner ursprünglichen Schönheit ist der Serpentin doch wetterbeständig. Neuerdings wird auch von berufener Seite mehr Bekanntheit für die Verwendung

des Serpentin zur Innendekoration bei Bauten entfaltet; ihn und wieder wird dieser Stein, in seiner Gesamtwirkung betrachtet, dem Marmor ernstlich Konkurrenz machen. Die Entwicklung des Serpentinsteingewerbes läßt sich auf Jahrhunderte zurück verfolgen, die kleine Stadt Zöblitz verdankt diesem Stein ihren Ursprung und den in ganz Europa und darüber hinaus bekannten Namen. Schon die Slawen haben den Serpentinsteine zu ihren Waffen verwertet (Steinart). Jahrhundertlang hat der Stein unbeachtet gelegen, bis durch die geschulten und geschickten Hände eines Viehhüters der Dienstherr dieses Hütetages, ein Bergmeister, aufmerksamer wurde. Mit Hilfe dieses Bergmeisters wurde die weitere Verwendung eingeleitet. Die Entwicklung von den primitivsten Anfängen zum zünftigen und engstehenden Kleinmeistertum bis zum heutigen modernen Fabrikbetriebe weist recht interessante Momente auf. Zeigt aber auch, welche Schwierigkeiten diese Industrie durchzulösen hatte, um auf den heutigen Stand zu gelangen. An den Verhältnissen der Arbeiterschaft in der Serpentinsteindustrie hat sich auch wenig geändert. Früher gedrückte, ärmliche Zustände, heute dasselbe, nur mit etwas modernem Anstrich. Waren früher die Zunftmeister verächtlich und kurzschichtig, so hat die heutige Arbeiterschaft viel von dieser Kurzsichtigkeit geerbt; im weiteren Verlauf dieser Darstellung wird noch darauf zurückgekommen.

Das Wesentliche der Schilderung über die Entwicklung der Serpentinsteindustrie ist einer kleinen Schrift entnommen, die einen Sonderabdruck aus der Zöblitzer Chronik darstellt. Nicht erbautlich ist darin die Erzählung von der „unumstößlichen Gewalt“ über die heilende Kraft des Serpentinsteins. Schon im Altertum soll man Amulette aus diesem Stein gegen „Kopfschmerz, Schlangenbiss, Wahnwitz, Schlafsucht“ getragen haben, und die Serpentinsteinhändler, die vor 300 Jahren Europa durchzogen, priesen als herrliche Eigenschaft der Serpentinsteingefäße, daß letztere „durch Schlangen sofort anzeigen, ob Gift in denselben befände“. Ein Verschen bringt die Heilkraft wie folgt zum Ausdruck:

Vor Leibes Grimmen, Colica,  
Vor Miß, Gedarm oder Magen,  
Da Mancher sich überpeiset hat,  
Bringt seine Wärme guten Rat,  
Wenn er auf den Bauch gelegt wird,  
Und wo der Blasenstein sich rührt,  
Hilft seine Wärme trefflich wohl,  
Den man was tiefer legen soll.  
An Hand und Fuß das Zipperlein,  
Der warme Stein auch lindert sein.  
In Schwindhust macht er Kranke ruhn,  
Wenn Lung und Leber wehe thun.

Soweit das Verschen, was jedenfalls von allen Hausierern abgeleert wurde. Ein Serpentinsteindrehler soll sogar mit Hilfe einiger „Chemorum“ ein „herrliches“ Pflaster und Pillen, ja auch eine „fürtreffliche Tinctur“ aus dem Stein gemacht haben zur Behandlung von Kopfschmerzen, Reizen, Schindeln usw. Diese so gepriesene Heilkraft ist natürlich Mumps und war jedenfalls damals nur erdichtet, um mehr Abnehmer für die Serpentinsteine zu erhalten. Serpentinsteine als Wärmesteine sind praktisch und aus dieser praktischen Anwendung hat die Mythik der alten Zeiten gleich Wunderkraft hergeleitet. Noch im Jahre 1881 wurden diese Serpentinwärmesteine als „Schutzmittel“ gegen die damals grassierende Cholera empfohlen, und die Bestellungen, die darauf gingen, brachten nach den Ueberlieferungen sogar einen Aufschwung des Gewerbes.

Der fälschliche Hof oder seine Repräsentanten, die Kurfürsten, hielten den Serpentinsteine hoch, wenn sie auch in späteren Jahren durch Geldmittel und sonstige Maßnahmen der hantierenden Industrie zu helfen suchten, so haben sie aber doch durch ihr lebhaftes Interesse oder richtiger gesagt, Egoismus, das Gewerbe ungemein geschädigt. Im Verlauf dieser Schilderung wird es zu lesen sein. Der Kurfürst August soll selbst Serpentin gedreht haben, manches „Baldfleißlein“ wurde von ihm hergestellt, das dann von den Hofgoldschmieden mit Gold beschlagen und an bekrönte Köpfe verschenkt wurde. Ein solches „Hiftorn“ wird noch im historischen Museum zu Dresden aufbewahrt. Der Serpentinsteindrehler war damals in der Bearbeitung die wichtigste Person, jedenfalls hatte er die Ware vollständig fertig zu machen, auch zu polieren. Heute ist dieser Vorgang durch die Arbeitsteilung verschoben und der Drehler oder Dreher keine wichtigere Kraft als der Steinmetz und der Polierer. Die Dreherei wurde an einer einfachen Drehbank, „Stühel“ genannt, ausgeübt. Das befestigte Arbeitsstück ließ sich von dieser „Stühel“ vor- und rückwärts bewegen. Im Jahre 1588 beim Umbau des Freiburger Domhofs wurden lorientische Säulen aus Serpentin gedreht und der betreffende Zöblitzer Steindreher erhielt 10 Gulden Wochenlohn, denselben Lohn wie die mit ihm arbeitenden deutschen Steinmetzen. Die italienischen dagegen erhielten 15 Gulden. Am Anfang des 17. Jahrhunderts nahm die Fabrikation der Serpentinsteine einen bedeutenden Aufschwung. Sieben Brüche waren eröffnet und zwei Drittel der Bevölkerung arbeitete in dieser Industrie.

## Alte und neue Steinbrücken.

(Nachdruck verboten.)

Nachdem die Eisenkonstruktion im Brückenbau die Steinbrücke in den Hintergrund gedrängt hatte, gewinnt sie wieder in jüngster Zeit unter den Bauingenieuren eine große Zahl von Anhängern, und namentlich die Architekten vermögen sich mehr für die Konstruktion in Stein als für die in Eisen zu erwärmen. Schöne alte Vorbilder gewähren dem Architekten die Anregung, auch die moderne, viel kühner konstruierte Steinbrücke ihrem inneren Wesen gemäß zu gestalten, ihre Konstruktion durch architektonische Mittel zum Ausdruck zu bringen, und selbst da, wo die Eisenkonstruktion zur Ueberspannung der Straßen und Wasserläufe den Vorzug erhält, werden doch die Uferbauten, Kämpfer und Pfeiler wieder mit Vorliebe in Steinarchitektur ausgeführt.

Die moderne Steinbrücke ist außerordentlich schön, fast noch kühner als die Eisenbrücke. Sie überspringt, wo die Brücken unserer Ahnen dreimal ansetzen mußten, den Fluß mit einem einzigen graziosen Bogen. Stützt sich einmal eine moderne Brücke in dem Flusse, so tut sie es mit einer solchen Leichtigkeit, als ob sie den Wasserlauf zu stören fürchtete, oder als ob sie der Stütze kaum bedürfte. Es steht fast wie Plüsch gegen die alten behackten Steinbrücken aus, nicht wie eine unabwendbare konstruktive Notwendigkeit.

Die Konstruktion der Steinbrücke ist ebenso mannigfaltig, wie die der Paläste und Kirchen. Hier ein Rundbogen, dessen Gewölbe schon unter Wasser ansteht und das doch so stolz emporsteigt, daß auch das härteste Hochwasser die Brücke nicht überfluten kann — dort ein Flach- oder Korbogengewölbe, das sich nur wenig über die Wasseroberflächen erhebt. Hier sind die Steinmauern kahlf, dort reich mit Friesen aus Terrakotten und Formstein verziert. Die Schlusssteine tragen kräftige Bösen oder Köpfe von Wassernixen oder bärtige Häupter mächtiger Gottkötten.

Viele Architekten halten sich noch an diese Vorbilder aus mittelalterlicher Zeit, wo die Brücken zugleich ein Glied der Befestigung der Städte bildeten, andre haben sich bereits von

diesen Ueberlieferungen befreit. Es ist aber nicht zu leugnen, daß diese alten Brückenbauten sehr malerisch wirken. Manche haben noch die besetzten Türme und mit Schießscharten versehenen Brustwehren, die früher zu ihrer Verteidigung dienten. Zahlreiche Brücken trugen Häuser; der Ponte Vecchio zu Florenz trägt eine Straße von Kaufläden, und über denselben eine Privatpassage, welche zwei Paläste miteinander verbindet. Noch origineller sind die persischen Brücken, wie z. B. die Brücke Hassan-Bey zu Isfahan. In der Mitte derselben steht ein erhabener Pavillon, der in verschiedenen Niveaus mehrere Säle enthält, in welchen sich die Fußgänger ausruhen und die vom Fluß her strömende Röhre genießen können. An den beiden Enden der Brücke sind kleinere Pavillons aufgerichtet. Oben sind Galerien angebracht, deren Balustraden mit Fayencemosaiken geschmückt sind.

Worin liegen nun die Ursachen dieser außerordentlichen Verschiedenheit in den Formen von Brücken? Im Bau der Brücken haben, wie auch bei dem anderer Baudenkmalen, klimatische Forderungen, soziale Bedürfnisse und der Kunstgeschmack einer Generation gewichtige Worte mitzusprechen. Die wesentlichen Formen jedoch sind, wie auch in andern Zweigen der Baukunst, stets eine Folge der Konstruktionsverfahren gewesen, um so mehr, als der Brückenbau ja ganz besondere Schwierigkeiten darbietet. Der Baumeister nimmt den Kampf gegen einen mächtigen, hinterlistigen Feind auf. Zunächst muß er der Brücke einen Flußraum geben, der zum Durchfließen des größten Hochwassers genügt, was ihn zum Bau großer Wölbungen zwingt; und die Stützpfeiler dieser Wölbungen müssen fest genug sein, daß die ihnen Fuß unterwachsenden Wellen sie nicht zum Einknicken bringen können. Und diese beiden Probleme versuchen schon seit Jahrhunderten die Brückenbauer zu lösen.

Die Fundamentierungsarbeiten gestalten sich darum so schwierig, weil die Flußbetten gewöhnlich eine starke Schicht von Schlamm, Sand und Kies ohne jede Festigkeit enthalten, auf welcher die Pfeiler nicht direkt errichtet werden können. Man muß daher tief in das Bett eindringen, um einen ununterstützten, festen Boden zu erreichen. Bis zum 19. Jahrhundert kannte man

kein Verfahren zur sicheren Auffindung des guten Baugrundes. Die Sage erzählt, daß Semiramis bei dem Bau einer Brücke über den Euphrat einen riesigen See graben ließ, der das Wasser des Flusses während der Dauer der Arbeiten aufnehmen sollte. Es ist dies eine radikale Methode, die sich aber wohl kaum mit unsern modernen Ausgabebudgets vertrügen dürfte. Die Römer bedienten sich, um ihre Pfeiler von Grund auf im Trocknen auszuführen zu können, der Abdämmungen, innerhalb derselben sie baggerten und arbeiteten, aber ihre Sebbezuge waren nur schwach, so daß sie sich meist damit begnügten, gut bearbeitete Steinfundamente ins Wasser zu versenken, auf denen dann die Pfeiler errichtet wurden. Dieses Verfahren sowie das der Fundierung auf Grundpfählen waren so ziemlich die einzigen, welche bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zur Anwendung gelangten. Die Fundamente konnten nur schwachem Druck widerstehen. Man brauchte daher umfangreiche Grundmauern, die dann den Lauf des Wassers behinderten. Einstürze waren nicht selten; so mußte die Capodarte-Brücke auf Sizilien sechsmal neu erbaut werden. Außerdem verlangte man, jeder Bogen sollte sich selbst halten können; aus diesem Grunde erreichte die Dicke der Pfeiler den fünften Teil der Öffnung der Wölbung. Den nötigen Durchlaßraum für das Wasser erzielte man dann dadurch, daß man die Brücke besonders hoch machte; die Bogen waren Rundbogen, und die Fahrbahn war oben scharf gewölbt. Auf manchen Brücken, wie z. B. der Saint-Affrique-Brücke, waren die Steigungen so beträchtlich, daß die Karrenführer mit Vorliebe den Fluß auf einer Furt durchwateten.

Einen neuen Brückentyp schuf der berühmte französische Ingenieur Perronet, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lebte. Er ging von der Ansicht aus, die benachbarten Wölbungen müßten sich gegenseitig stützen, indem man die Dicke der Pfeiler auf das nur zum Tragen des Wertes Nötige reduzierte, ohne einen Einsturz befürchten zu müssen. Er gab den Wölbungen die Form von abgeplatteten Kreisbögen und erzielte so einen breiten Durchlaß für das Wasser, ohne die Fahrbahn so stark zu erheben, wie es seine Vorgänger getan hatten. Zunächst erschröckte Perronets Kühnheit seine Zeitgenossen, rief dann aber ihre Be-

Jedermann konnte gegen Entziehung eines Bruchstückes Steine brechen; dadurch ist natürlich Unordnung ein, das gute Gestein wurde teilweise verschüttelt, und die Folge waren Zwistigkeiten unter den Brechern, „dannhero zwischen ihnen allerhand Späßen und Widerswillen sich begehen, sondern ist auch zu besorgen gewesen, das die Gemeinde inskünftig merlichen Schaden an dem Einkommen von den Serpentinsteindrüchen wegen solcher Unordnung haben wird.“ Um diesem Uebel abzuwehren, wurde 1813 eine Bruchordnung vom Kurfürsten bestätigt, die folgende wichtige Bestimmungen enthielt:

So sollte jeder, ob er viel oder wenig arbeite, von den Serpentinsteindrüchleren einen halben Gulden Zins der Gemeinde entrichten.

Ferner wurden aus den Reihen der Drechsler oder Steinbrecher drei Aufseher ernannt, die auf Ordnung in den Brüchen hielten; waren sie nachlässig in ihrem Amt, so hatten sie einen Taler Strafe zu entrichten; ebenso hatten die Drechsler 1 Taler Strafe zu bezahlen, wenn sie in allem, was die Steinbrüche und das Steinbrechen anbelangt, nicht gehorsam seien.

Wenn einer brechen wollte, mußte er es dem Aufseher melden, und wer sich ohne Wissen der Aufseher zum Brechen in die Brüche begeben hatte, mußte zwei gute Schod Strafe zahlen oder wurde mit acht Tagen Gefängnis bestraft.

Hoher Stein durfte nicht verkauft werden bei 1 Taler Strafe.

Kein Fremder sollte, weder jetzt noch künftig, in dieses Handwerk aufgenommen werden, ebenso vom Zutritt zu den Bruchorden an „in zweien Jahren keinen Lehrlingen setzen“, und die bereits solche hatten, mußten diese abschaffen. Dem Schmied war bei Strafe verboten, für andre als die am Schlusse der Verordnung aufgeführten 20 Serpentinsteindrüchler Geschirre zu schmieden oder neu anzufertigen.

Und wer von den Drechsler die Tätigkeit der Serpentinverarbeitung einstellte, sollte nicht wieder zugelassen werden. Diese Bruchordnung entwickelte sich später zu der Bauordnung, welche auch die Steinbrecher, da die Drechsler in der ruhigen Zeit nun selber brechen wollten. Dagegen blieb das Recht des „Landesherrn“ (Kurfürstlicher Hof), brechen zu lassen, wo und wann es ihm beliebt, von der Bruchordnung unberührt. Doch darüber in nächster Nummer des „Steinarbeiter“ mehr.

### Aus der Steinbranche in Berlin.

Im Verbandsorgan der Bildhauer lesen wir: Rücksichtslosigkeit ist das Kennzeichen im Berufsleben der Berliner Steinbranche. Rücksichtslos sind die Gehilfen gegeneinander — bei der Arbeit; rücksichtslos die Unternehmer — in der Ausnutzung der Arbeitskraft der Gehilfen und unbarbarisch rücksichtslos im Ausbuhern von Arbeitskräften; rücksichtslos sind auch die Unternehmer und solche, die es werden wollen, im gegenseitigen Konkurrenzkampf. Was aber das schlimmste: alle genannten Erscheinungen sind so eng verflochten, daß sie sich schlechterdings nicht trennen lassen. Sie sind durch einander bedingt und nur eine Lösung gibt es: keine andre, als die Erzhilfe der Kollegen!

Bisher trieb von „oben“ ein Keil den andern. Scharfe Konkurrenz, miserable Preise, Hinfleubern der Arbeit und äußerste Ausnutzung der Arbeitskraft unter Anwendung aller Schikanen! Da blieb dann nie, das alte Klagegedicht aus von „In die Planne hauen“ und ähnlichen unschönen Dingen. Bis endlich der Bogen zu straff gespannt war.

Bei der schlimmsten der erwähnten Erscheinungen setzten die Kollegen ein. Sie wollten nicht länger ruhig zusehen, wie einzelnen Kollegen die Existenzmöglichkeit genommen wurde, weil sie in den Unternehmerzusammenkünften in Acht und Bann getan waren um Richtigkeiten willen, oder weil sie bei diesen Zusammenkünften in den Ruf eines schwachen Arbeiters gebracht wurden.

So ging es nicht weiter und es wurde eine Regelung des Anfragens geschaffen, die diesen Willkürlichkeiten gegenüber, von denen kaum einer der Berliner Unternehmer freisprechen ist, eine Schutzmauer bedeutet, errichtet auf der Solidität der Gehilfen. Diese hätten schließlich auch andre Wege gehen können. Welcher Unternehmer hätte ihnen Vorklagen machen wollen, wenn sie unter dem herrschenden System der Rücksichtslosigkeit der Unternehmer nun auch ihrerseits anzog auf Venie, und Arbeit um jeden Preis suchten im Konkurrenzkampfe mit den Unternehmern. Oder ist der jetzige Status quo der Anzahl der Unternehmer unantastbar? Aber für die Gehilfeninteressenten, die für uns allein ausschlaggebend sind, wäre ein solcher Versuch zur Befreiung von Unternehmerschikanen nicht von Vorteil gewesen, darum suchten sie den Weg zu menschlicheren Zuständen nicht im Konkurrenzkampfe mit den jetzigen Unternehmern, sondern in solidarischer Segenwehr.

Wie bisher von „oben“, mag nun von „unten“ ein Keil den andern treiben. — Und lassen wir nicht die Wurzel des Übels außer Acht: die scharfe Konkurrenz der Unternehmer untereinander, deren unausbleibliche Folge die bisherigen unerträglichen Zustände sind. Nicht mit Unrecht wurde vor einiger Zeit von unsern Kollegen verlangt, man möge auf Submissionsblättern besser Obacht geben. Gut, bringen wir heute einige zur Kenntnis.

Zunächst ist da wieder einmal ein kleiner Teil Steinbildhauerarbeit im Königl. Bibliothekneubau in Berlin gegeben worden. Der Durchschnitt der abgegebenen Preise ist ca 7000 Mf., während die Firma Sponar 4095 Mf.

und Firma Dubrich gar nur 3650 Mf. verlangt. Ferner die Arbeiten am Spandauer Rathaus: höchstes Gebot hatte die Firma Hartmann 222, der durchschnittliche Preis war 6600 Mf. und der niedrigste 4040 Mf., abgegeben von der Firma Höffler. Zeitgenannter Unternehmer ist einer jener Kollegen, denen das Arbeitsfinden von den Unternehmern erschwert war, was zu seiner Entschädigung mit erwähnt sei. Aber wir können auch in diesem Falle nicht anders urteilen, als ständen wir irgendeinem rüheliebigen Unternehmer gegenüber.

Angenehm überraschend ist an letztgenannter Konkurrenz, daß die Firma Hartmann auch hohe Preise abgeben kann. Bisher ist uns immer nur das genaue Gegenteil zu Ohren gekommen. Neuerst niedrige Preise, ja, worauf ging das dann schließlich immer hinaus? „Die letzten beißen die Hunde“, sagt ein Sprichwort, und die letzten sind immer die Gehilfen.

Vor kurzer Zeit war von dieser Firma auswärts ein Bau übernommen worden. Billig, sehr billig natürlich, wie uns mitgeteilt wurde, und die daran beschäftigten Gehilfen befolgten den „guten Rat“ und haben die Arbeiten hingehauen. Aber dann „flogen“ sie auf Veranlassung der Bauleitung und die Kollegen meinten, sie seien gemahregelt, denn sie hätten ja nur die Arbeiten so ausgeführt, wie es die Firma wünschte. Die Maßregelungsunterstützung mußte ihnen aber von der Leitung unfreies Zentralvereins verlangt werden. Wer mit dem „Hinhauen“ der Arbeit seine Stellung riskiert, hat nicht auf den Schutz der Organisation zu rechnen, denn damit würde der Allgemeinheit nur Schaden zugefügt und die Schmutzkonkurrenz direkt unterstützt werden. Die Kollegen hätten ihre Arbeit so machen sollen, daß sie mit Ehren

Eine Anzahl roter Brüche teilen das Schicksal ihrer gleichartigen im Mainale — sie liegen da und verlassen. In Dürheim ist der Sitz einer älteren und stattlichen Zahlstelle unseres Verbands. Diese erstreckt sich auf 5 Orte. Das Steinbruchgebiet jedoch umfaßt 8 Orte. In diesem 6. Orte (Seebach) haben wir gegenwärtig wenig Einfluss. Dort arbeiten lauter sogenannte „Zugvögel“ aus der Hinterpfalz. Diese hören uns wohl an und versprechen wohl auch ihren Beitritt zum Verbande. In die Praxis setzt dies Versprechen wohl feiner um. Diese Leute beisehen ganze Betriebe. Einheimische werden in solchen nicht eingestellt, sie werden vielmehr bei der ersten Gelegenheit entlassen. Die Einheimischen sind fast ausnahmslos organisiert. Um diese Leute zu gewinnen, müßte seitens der pfälzlichen Zahlstellen eine energische Hausagitation einlezen. Die fähigen Kollegen dieser Zahlstellen müßten eben Sonntags in die baunten Gebiete der Hinterpfalz einbringen. Die Arrangierung solcher Agitationstouren müßte entweder von der Gauleitung oder einer Zahlstelle übernommen werden. Die Zahlstelle Dürheim, die am meisten unter dem Drucke dieser Individualitäten leidet, dürfte diese Anregung nicht außer Acht lassen. Der Zentralvorstand müßte alsdann eine kleine Entschädigung für die tätigen Kollegen in Erwägung ziehen.

Freilich ist es bedauerlich, daß diese schlecht entlohten Steinarbeiterkollegen — im Zeichnen der heutigen Zeit — noch auf diese Weise auf die Notwendigkeit einer Organisation aufmerksam gemacht werden müssen.

Anders ist dies bei den Unternehmern. Diese sind in einem Bezirkverbande organisiert. Manche sind noch extra Mitglied des Deutschen Steinmetzmeisterverbands. Wie überall, so haben auch wir schon öfters die Erfahrung gemacht, daß auch Unternehmerkollegen ihre Grenzen hat. Bei Submissionen ist sie eng begrenzt. Gilt es hingegen, uns zu bekämpfen oder vertragsbrüchige Unternehmer in die Schranken des Vertrags zurückzuweisen — dann finden wir die Herren solidarisch. Hier sei nur auf den Vertragsbruch der Firma Bauer verwiesen. Die Vertragsbrüche seitens der Unternehmer haben sich in den letzten Jahren so angehäuft, daß sich sogar die Behörden von der Errichtung eines Gewerbergerichts überzeugen ließen.

Auch im persönlichen Verkehr mit ihren Arbeitern lassen manche Unternehmer oder deren Poltere sehr zu wünschen übrig. Ganz besonders ist es der Polter Heinrich bei der Firma Henck. Ausbrüche wie Faulenzen sind bei diesem sonst so frommen Manne gang und gäbe. Ja sogar körperliche Gebrechen wirt dieser Gebildete den Deuten ins Gesicht. Schon öfters müßten die Kollegen dieses Betriebs gegen das unantastbare Benehmen Stellung nehmen. Immer mit negativem Erfolge. Öffentlich wirds jetzt besser. Andernfalls müßten wir einmal mit andern Gehilfen auffahren. Wir sind der Ansicht, daß Herr Henck nicht immer mit dem Verhalten seines Polters einverstanden ist. Die Zukunfts wirds lehren.

Die Herren Gebrüder Schramm jr. dürften sich auch einen besseren Verkehr mit ihren Arbeitern angehen sein lassen. Gleiches gilt für den jetzt lauerischen Polter Schmitt. Die Einhaltung der Bundesratsverordnung läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig.

Wie es in dem eingangs erwähnten Weinbau sogenannte Nebstschädlinge (Fau- und Sauerwurm) gibt, so gibts auch solche Schädlinge in der Dürheimer Steinindustrie. Bei den Unternehmern sind es die schon erwähnten unsicheren Existenzen (Zwischenmeister). Auf unserer Seite sind es die sogenannten Buchter. Beide müssen bekämpft werden wie die Nebstläuse. Kollegen! Wollen wir die all hier angeführten Mißstände beseitigen, wollen wir gesunde Verhältnisse in unsre gesunde Pfalz bringen, so muß unsre Losung lauten: Agitieren und organisieren!

### Dringt auf Einhaltung der Bundesratsverordnung!

Bei der jetzigen nachkalten Witterung ist es Pflicht der Kollegen, daß sie auf die Durchführung der Bundesratsverordnung dringen. In den meisten Steinbrüchen und Werkstellen sind geradezu miserable Unterkunftsräume vorhanden, die nicht einmal geheizt werden können. Die Unterkunftsräume sind laut § 1 täglich zu reinigen.

Nach § 4 haben dieSteinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger, Klarschläger und Pflastersteinkipper, um vor den Unbilden der Witterung geschützt zu sein, Schutzdächer zu verlangen. Diese Bestimmung wird von den Unternehmern am meisten vernachlässigt.

Wo Mißstände über die Durchführung der Bundesratsverordnung bestehen, ist die Gewerbeinspektion in Kenntnis zu setzen.

bestehen könnten, wenn es zum Konflikt kam. Das ist in allen Fällen zu verlangen, wo sich traffe Preisunterbietungen bemerkbar machen, bei denen im voraus gesagt werden kann, der Unternehmer kann mit seinem Preise nur auskommen, wenn Arbeit in schlechtester Qualität geliefert wird. Hier muß es auf Gehilfenseite nur die eine Meinung geben: Wir lassen uns nicht treiben! Wir sind nicht länger gewillt, den Schaden zu tragen!

Rein Jota reichen wir von dem Streben nach gefunden Arbeitsverhältnissen ab, das muß der unerbittliche Wille der Gehilfen sein! Mit den Submissionsblättern wuchert die Rücksichtslosigkeit immer weiter. Wir würden uns nur mitschuldig an den beklagten Zuständen machen, wollten wir Schmutzkonkurrenten gegenüber nachsichtig sein.

### Aus der Pfalz.

T. Schon viele unser Verbandskollegen haben auf ihrer Wanderschaft den pfälzischen Weinort Bad Dürheim berührt. Auch mancher, der des ewigen Wanderns müde, hat schon hier — dem teureren Fleckchen Erde — Arbeit genommen. Dürheim liegt direkt am Fuße des unteren Haardtgebirges. Amütig und schön, samt seiner Umgebung. Soweit hier unser Auge reicht, sehen wir nichts als Rebensfelder und prächtig bewaldete Berge. Regiere bergen einen ungeheuren Reichtum an Steinmaterial. Es ist ein gelblich-weißer, sowie roter, teilweise sehr harter Sandstein.

Verständlich ist es daher, daß hier neben dem Weinbau eine ausgedehnte Sandsteinindustrie vorherrschend ist. In über 20 Steinbrüchen mit Steinhanereien wird fest darauflos gearbeitet.

#### Literarisches.

**Arbeiter-Kalender 1912.** Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis: Gebunden 50 Pfg.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen bringt der Kalender folgende Tabellen und Abhandlungen: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 und der Nachwahlen. — Die Sozialdemokratie in den einzelnen Provinzen und Staaten. — Stimmenzahl bei der Reichstagswahl 1907. — Biographische Notizen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Winke für die Reichstagswahlen.

Auch der übrige Inhalt des Kalenders ist vielseitig. Wir erwähnen u. a.: Porträts der verstorbenen Genossen: Hermann Borgmann, Emma Ihrer, Gabriel Voewenstein. — Paul Singer. — Kalendarium und Gesichtskalender. — Deutsche Vereine im Auslande. — Portotaxe. — Alle wichtigen Partei- und Gewerkschaftsadressen.

Der gewerkschaftliche Teil bringt die wichtigsten Vorgänge aus der Gewerkschaftsbewegung: Lohnbewegungen und Streiks. — Internationale Gewerkschaftsbewegung 1909. — Arbeitersekretariate. — Jahresrechnungen und Ausgaben usw.

Für die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation tätigen Genossen wird der Kalender ein unentbehrliches Hilfsmittel sein, namentlich leistet er gute Dienste bei der Kleinarbeit. Darum soll er der ständige Begleiter jedes Arbeiters sein.

Zu beziehen ist der Arbeiter-Kalender durch alle Zeitungsboten, Buchhändler und Kolporteurs.

Sieben ist im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: Das großindustrielle Beamtenium. Eine gewerkschaftliche Studie von Richard Woldt. 17. Bändchen der kleinen Bibliothek. 118 Seiten. Preis broschiert 75 Pfg., geb. 1 Mf. Vereinspreis 50 Pfg.

geisterung wach, und Ludwig XV. wohnte mit dem gesamten Hofe, den Ministern und Gefandten der fetterlichen Abkündigung der Brücke von Neuilly im Jahre 1772 bei. Die von Perronet eingeführten Proportionen sind heinache mustergültig geworden. Die Bogen sind ellipsenförmig, und an die Stelle der hohen, auf diesen Pfeilern ruhenden Brücken sind niedrige, mit dünnen Pfeilern getreten. Das Problem der Fundamentierung ist im 19. Jahrhundert durch die Anwendung von Betonfundamenten und besonders durch die Caissons mit komprimierter Luft glänzend gelöst worden. Die gegenwärtige Bauart und allgemeine Form der Steinbrücken kann man somit als durchaus rationell bezeichnen.

In der Folge wurde den Ingenieuren Perronets Weg geäußigt. Man baute nicht mehr die Brücken möglichst schwer, um ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, sondern lernte es, sie bei geringerer Festigkeit zu erbauen. Es wird erzählt, ein englischer Arbeiter, William Edwards, habe es unternommen, zu Pontypridd in der Grafschaft Wales um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts eine einbogige Brücke mit 42 Meter Spannweite zu errichten. Zweimal sah er sein Werk nach dem Abrücken in sich zusammenstürzen. Er erkannte, daß er das Gewicht der Brücke vermindern müsse und stellte drei runde Ausschnitte her. Er lieferte damit den experimentellen Beweis dafür, daß für den Bau großer Bogen ein Verdünnen der Masse durch Ausschnitte durchaus geboten ist. Diese Praxis ist seitdem auch für Bantzen dieser Art zu einer konstanten geworden, was besonders wichtig im Hinblick auf die Brücken ist, welche seit etwa 40 Jahren für die sich immer mehr ausbreitenden Eisenbahnstrecken vordringen sind. Die Fahrbahn ruht auf kleinen Bölgungen, deren Pfeiler sich auf die großen Hauptgewölbe stützen, und die Brücke erscheint auf diese Weise durchbrochen wie Spigenarbeit.

Trotz ihrer verhältnismäßigen Leichtigkeit verlangen die großen Bogen ein ziemlich festes Baugerüst, das nicht etwa während des Baues von der Last der darauf ruhenden Masse ebrückt oder vom Winddruck umgeworfen werden kann, sich auch nicht senkt und so den Bogen deformiert. Vor diesen Senkungen hatten die alten Baumeister so große Angst, daß die beiden schönsten französischen Brücken des achtzehnten Jahrhunderts, die

von Signac und die von Ravour, auf Gerüsten aus Mauerwerk errichtet wurden, in welchen kleine Oeffnungen in Bogenform dem Flusse den Durchfluß gestatteten. Unfern modernen Ingenieuren sind diese Befestigungen fremd; ihre gezimmerten Gerüste werden nur durch Zwischenstützen oder solche, die nur auf den Wiberlagern ruhen, gehalten und biegen sich nicht merkbar durch. Die modernen Brückenbauten werden denn auch immer leichter. Die vor kurzem im Departement de l'Ain vollendete Brücke von Montanges erhebt sich, wie in Va Nature berichtet wird, mit einer Spannweite von 80 Meter über einer 65 Meter tiefen Schlucht, und die Adolfsbrücke in Luxemburg überspannt eine Wette von 84 Meter.

In dieser Brücke hat der französische Ingenieur Séjourné zum erstenmal seine Idee von den Brücken mit Zwillingbögen verwirklicht, die wertvollste seit Perronet. Der lebhafteste Verkehr auf den modernen Straßen der Großstadt verlangt breite Brücken. Aber wie kann man eine Minimalbreite von 12 bis 15 Meter ohne übermäßige Kosten erzielen? Séjourné erreicht dies, indem er zwei Zwillingbrücken von geringer Einzelbreite konstruiert, zwischen denen er einen breiten Raum freiläßt und auf welche er einen Brückenbelag aus artemierten Beton legt, der die Fahrbahn trägt. Das gleiche Gerüst dient nacheinander dem Bau zweier Zwillingbögen. Dieses System ist außerst wirtschaftlich und bildet den Triumph der entlastenden Verbindung der Brückenkonstruktion. Bei der kürzlich erbauten Brücke des Amöndonniers zu Toulouse, über welche gleichfalls „La Nature“ berichtet, wird eine Gesamtbreite von 22 Meter mittels zweier Breiten von je 3,25 Meter erzielt. Der freie Raum zwischen ihnen beträgt 10 Meter; außen springen auf beiden Seiten Fußgängerwege von je 2,25 Meter vor.

Trotz der erzielten Erfolge sollen aber keineswegs die Brückenbauer bei denselben stehen bleiben und nur die geheiligsten, erprobten Formen bauen. Séjourné selbst ist ihnen schon mit gutem Beispiel vorangegangen, als er Konstantine eine durchaus originelle Brücke baute, bei der die beiden Zweige eines Spitzbogens eine Schlucht, wie durch Strebepfeiler gestülzte Beine eines Riesen, überschreiten und den Mittelpfeiler einer oberen Gewölberreihe tragen, über welche die Eisenbahn fährt.

Bis in die neuere Zeit galt der Stein, und wohl auch mit Recht, als das geeignetste Material zur Errichtung dauerhafter Bauwerke. Die Holzbrücken haben ja ohnehin nur ein Eintagsleben, und die Eisenkonstruktionen sind zwar unentbehrlich für die Lösung zahlreicher Probleme, welche uns der moderne Verkehr stellt, erfordern aber ununterbrochene Beaufsichtigung und Pflege und können es in bezug auf Lebensdauer mit den Steinkonstruktionen nicht aufnehmen.

Aber seit etwa 30 Jahren besitzen wir in dem artemierten Beton ein neues Baumaterial. Die Anwendung des artemierten Betons, allein oder in Verbindung mit Stein, hat in den Brückenbau ganz neue, unsern Vorfahren unentbarbare Formen eingeführt und verlangt aus diesem Grunde auch eine neue Architektur. Aber welcher Art ist denn diese Architektur? Beton ist nach der Verhärtung dem Naturstein so ähnlich, daß es nicht notwendig ist, für diesen eine eigene Architektur zu erfinden. Es ist das Material, das eigentlich die Fortentwicklung der Steinkonstruktion darstellt und eine kleinere Behandlung derselben gestattet. Wenn Beton nicht heuchelt, Stein von andrer Beschaffenheit zu sein, also weder Granit noch Sandstein noch Kalkstein sein will, kann er seiner inneren Natur gemäß zu schlanken Pfeilern und leicht geschwungenen, weitgespannten Bogen verwendet werden, wie man sie in Werkstein und Backstein nicht ausführen würde. Wir sind bereits gewöhnt, im Beton eine Kombination von Stein und Eisen zu erblicken, so daß wir die durch den Eisernen geschaffenen Bedingungen mit empfinden, wenn wir äußerlich auch nur den Steinkarakter des Betons wahrnehmen. Aber wir müssen auch wirklich sehen, daß es Beton ist. Viele Betonbrücken sind in diesem Sinne, also nicht schwerfällig wie Werksteinbrücken, konstruiert worden, und diese Auffassung ist meines Erachtens dem Charakter des artemierten Betons durchaus angemessen. Die Beton-Eisenbrücke steht zwischen der Stein- und der Eisenbrücke; sie darf nicht so leicht wie die Eisenbrücke, nicht so schwer wie die Steinbrücke erscheinen. Ihre Architektur muß schlank und klipp erscheinen und so den Eisernen verraten, ohne ihn zu enthüllen. Hd.